
2019 **Ausgegeben zu Bonn am 14. November 2019** **Nr. 18**

Tag	Inhalt	Seite
23. 9.2019	Bekanntmachung des deutsch-jordanischen Abkommens über Finanzielle Zusammenarbeit	842
2.10.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls II (in der geänderten Fassung) zu dem VN-Waffenübereinkommen	845
2.10.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls IV zu dem VN-Waffenübereinkommen	845
2.10.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls V zu dem VN-Waffenübereinkommen	846
2.10.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	846
2.10.2019	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Übereinkommens über Streumunition	847
5.11.2019	Bekanntmachung des deutsch-französischen Abkommens über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich	847
8.11.2019	Bekanntmachung der Änderung der Anlagen 2, 6 und 7 des TIR-Übereinkommens 1975	853
5.11.2019	Berichtigung der Anlage zur 7. ADN-Änderungsverordnung	895

Herausgeber: Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Postanschrift: 11015 Berlin
Hausanschrift: Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
Telefon: (0 30) 18 580-0

Redaktion: Bundesamt für Justiz
Schriftleitungen des Bundesgesetzblatts Teil I und Teil II
Postanschrift: 53094 Bonn
Hausanschrift: Adenauerallee 99 – 103, 53113 Bonn
Telefon: (02 28) 99 410-40

Verlag: Bundesanzeiger Verlag GmbH
Postanschrift: Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Hausanschrift: Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-0

Satz, Druck: M. DuMont Schauberg, Köln

Bundesgesetzblatt Teil I enthält Gesetze sowie Verordnungen und sonstige Bekanntmachungen von wesentlicher Bedeutung, soweit sie nicht im Bundesgesetzblatt Teil II zu veröffentlichen sind.

Bundesgesetzblatt Teil II enthält

a) völkerrechtliche Übereinkünfte und die zu ihrer Inkraftsetzung oder Durchsetzung erlassenen Rechtsvorschriften sowie damit zusammenhängende Bekanntmachungen,

b) Zolltarifvorschriften.

Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement. Postanschrift für Abonnementbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben:
Bundesanzeiger Verlag GmbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln
Telefon: (02 21) 9 76 68-2 82, Telefax: (02 21) 9 76 68-1 40
E-Mail: bgbl@bundesanzeiger.de, Internet: www.bundesgesetzblatt.de bzw. www.bgbl.de

Bezugspreis für Teil I und Teil II halbjährlich im Abonnement je 85,00 €. Bezugspreis dieser Ausgabe: 11,05 € (10,00 € zuzüglich 1,05 € Versandkosten). Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 7 %.

ISSN 0341-1109

**Bekanntmachung
des deutsch-jordanischen Abkommens
über Finanzielle Zusammenarbeit**

Vom 23. September 2019

Das in Amman am 1. August 2019 unterzeichnete Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien über Finanzielle Zusammenarbeit 2018 und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ ist nach seinem Artikel 5 Absatz 1

am 1. August 2019

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 23. September 2019

Bundesministerium
für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung
Im Auftrag
Ulrike Beine

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien
über Finanzielle Zusammenarbeit 2018
und Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Sonderinitiative
„Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
 und

die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien –

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Haschemitischen Königreich Jordanien,

in dem Wunsch, diese freundschaftlichen Beziehungen durch partnerschaftliche Finanzielle Zusammenarbeit zu festigen und zu vertiefen,

in dem Bewusstsein, dass die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung im Haschemitischen Königreich Jordanien beizutragen,

unter Bezugnahme auf die Verbalnote Nummer 442/2018 vom 9. August 2018 sowie das Protokoll der Regierungsgespräche 2018 vom 22. und 23. Oktober 2018 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Berlin –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien oder anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Empfängern, von der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) folgende Beträge zu erhalten:

1. Finanzierungsbeiträge in Höhe von insgesamt 60 000 000 EUR (in Worten: sechzig Millionen Euro) für die Vorhaben:
 - a) „Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung für syrische Flüchtlinge und aufnehmende Gemeinden VIII“ bis zu 30 000 000 EUR (in Worten: dreißig Millionen Euro),
 - b) „Verbesserung der Qualität im Grundbildungsbereich“ bis zu 20 000 000 EUR (in Worten: zwanzig Millionen Euro),
 - c) „Förderung der beruflichen Bildung II“ bis zu 10 000 000 EUR (in Worten: zehn Millionen Euro),

wenn nach Prüfung deren Förderungswürdigkeit festgestellt und bestätigt worden ist, dass sie als Maßnahmen zur Verbesserung der gesellschaftlichen Stellung von Frauen, selbsthilfeeorientierte Maßnahmen zur Armutsbekämpfung, Kreditgarantiefonds für mittelständische Betriebe oder Vorhaben der sozialen Infrastruktur oder des Umweltschutzes die besonderen Voraussetzungen für die Förderung im Wege eines Finanzierungsbeitrages erfüllen;

2. Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zur Durchführung und Betreuung folgender Vorhaben:

- a) für das unter Nummer 1 Buchstabe c genannte Vorhaben bis zu 5 000 000 EUR (in Worten: fünf Millionen Euro),
- b) für das Vorhaben „Anpassung an den Klimawandel im Wassersektor II“ bis zu 1 500 000 EUR (in Worten: eine Million fünfhunderttausend Euro);

3. Finanzierungsbeiträge im Rahmen der Sonderinitiative „Fluchtursachen bekämpfen – Flüchtlinge reintegrieren“ für die Vorhaben:

- a) „Finanzierung von Lehrergehältern für die Unterrichtung syrischer Flüchtlingskinder in Jordanien III“ bis zu 20 000 000 EUR (in Worten: zwanzig Millionen Euro),
- b) „ILO Jordanien – Beschäftigungsintensives Investitionsprogramm für Jordanier und syrische Flüchtlinge in Jordanien IV“ (International Labour Organization, ILO) bis zu 20 000 000 EUR (in Worten: zwanzig Millionen Euro),
- c) „UNOPS Jordanien Beschäftigungsförderung durch Rehabilitation kommunaler Infrastruktur“ (United Nations Office for Project Services, UNOPS) bis zu 10 000 000 EUR (in Worten: zehn Millionen Euro).

(2) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien oder einem anderen, von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmer darüber hinaus, jeweils ein vergünstigtes Darlehen der KfW, das im Rahmen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit gewährt wird

1. für das Vorhaben „Wasserressourcen-Management-Programm VI“ in Höhe von bis zu 48 000 000 EUR (in Worten: achtundvierzig Millionen Euro);
2. für das Vorhaben „Klimaschutz im Wassersektor – Energieeffizienz und erneuerbare Energien V (DKTI)“ (Deutsche Klimatechnologieinitiative, DKTI) in Höhe von bis zu 30 000 000 EUR (in Worten: dreißig Millionen Euro) sowie
3. für das Vorhaben „Anpassung an den Klimawandel im Wassersektor III – Wassereffizienz und verbesserte Wasserverteilung (DKTI)“ in Höhe von bis zu 24 000 000 EUR (in Worten: vierundzwanzig Millionen Euro)

zu erhalten, wenn nach Prüfung die entwicklungspolitische Förderungswürdigkeit der Vorhaben festgestellt worden ist, die gute Kreditwürdigkeit des Haschemitischen Königreichs Jordanien weiterhin gegeben ist und die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien eine Staatsgarantie gewährt, sofern sie nicht selbst Darlehensnehmer wird.

(3) Falls die Regierung der Bundesrepublik Deutschland es der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien zu einem späteren Zeitpunkt ermöglicht, weitere Darlehen oder Finanzierungsbeiträge zur Vorbereitung der in den Absätzen 1 und 2 genannten Vorhaben oder weitere Finanzierungsbeiträge für notwendige Begleitmaßnahmen zu deren Durchführung und Betreuung von der KfW zu erhalten, findet dieses Abkommen Anwendung.

Artikel 2

(1) Die Verwendung der in Artikel 1 genannten Beträge, die Bedingungen, zu denen sie zur Verfügung gestellt werden, sowie das Verfahren der Auftragsvergabe bestimmen die zwischen der KfW und den Empfängern der Darlehen und der Finanzierungsbeiträge zu schließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Zusage der in Artikel 1 Absatz 1 Nummern 1 und 2 sowie in Absatz 2 genannten Beträge entfällt, soweit nicht innerhalb von vier Jahren nach dem Zusagejahr die entsprechenden Darlehens- und Finanzierungsverträge geschlossen wurden. Für diese Beträge endet die Frist mit Ablauf des 31. Dezember 2022.

(3) Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmer ist, wird gegenüber der KfW alle Zahlungen in Euro in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Darlehensverträge garantieren.

(4) Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien, soweit sie nicht Empfänger der Finanzierungsbeiträge ist, wird etwaige Rückzahlungsansprüche, die aufgrund der nach Absatz 1 zu schließenden Finanzierungsverträge entstehen können, gegenüber der KfW garantieren.

Artikel 3

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien befreit die KfW von direkten Steuern, die im Zusammenhang mit dem Abschluss und der Durchführung der in Artikel 2 Absatz 1 genannten Verträge im Haschemitischen Königreich Jordanien erhoben werden. In diesem Zusammenhang erhobene Umsatz-

steuer und ähnliche indirekte Steuern werden von der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien getragen. Erhobene besondere Verbrauchsteuern werden von der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien übernommen. Darüber hinaus befreit die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien die KfW von sonstigen öffentlichen Abgaben.

Artikel 4

Die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien überlässt bei den sich aus der Darlehensgewährung und der Gewährung der Finanzierungsbeiträge ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See-, Land- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

Artikel 5

(1) Dieses Abkommen tritt am Tag seiner Unterzeichnung in Kraft.

(2) Die Registrierung dieses Abkommens beim Sekretariat der Vereinten Nationen nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen wird unverzüglich nach seinem Inkrafttreten von der Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien veranlasst. Die andere Vertragspartei wird unter Angabe der VN-Registrierungsnummer von der erfolgten Registrierung unterrichtet, sobald diese vom Sekretariat der Vereinten Nationen bestätigt worden ist.

(3) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.

(4) Die Vertragsparteien können Änderungen dieses Abkommens vereinbaren.

(5) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens werden durch die Vertragsparteien gütlich im Rahmen von Gesprächen beziehungsweise Verhandlungen beigelegt.

Geschehen zu Amman am 1. August 2019 in zwei Urschriften, jede in deutscher, arabischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des arabischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Birgitta Maria Siefker-Eberle

Für die Regierung des Haschemitischen Königreichs Jordanien
Dr. Mohamad Al-Ississ

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls II (in der geänderten Fassung)
zu dem VN-Waffenübereinkommen**

Vom 2. Oktober 2019

Das Protokoll über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes von Minen, Sprengfallen und anderen Vorrichtungen in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung (Protokoll II in der am 3. Mai 1996 geänderten Fassung – BGBl. 1999 II S. 2) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen – BGBl. 1992 II S. 958, 959; 1993 II S. 935), wird nach Artikel 2 des Protokolls in Verbindung mit Artikel 8 Absatz 1 und Artikel 5 Absatz 4 des Übereinkommens für

Benin am 27. März 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 9. November 2018 (BGBl. II S. 579).

Berlin, den 2. Oktober 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls IV zu dem VN-Waffenübereinkommen**

Vom 2. Oktober 2019

Das Protokoll vom 13. Oktober 1995 über blindmachende Laserwaffen (Protokoll IV – BGBl. 1997 II S. 806, 827) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen – BGBl. 1992 II S. 958, 959; 1993 II S. 935), wird nach Artikel 2 des Protokolls in Verbindung mit Artikel 5 Absatz 4 des Übereinkommens für

Benin am 27. März 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 21. September 2016 (BGBl. II S. 1156).

Berlin, den 2. Oktober 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Protokolls V zu dem VN-Waffenübereinkommen**

Vom 2. Oktober 2019

Das Protokoll vom 28. November 2003 über explosive Kampfmittelrückstände (Protokoll V – BGBl. 2005 II S. 122, 123) zu dem Übereinkommen vom 10. Oktober 1980 über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (VN-Waffenübereinkommen – BGBl. 1992 II S. 958, 959; 1993 II S. 935), wird nach Artikel 5 Absatz 4 des Übereinkommens für

Benin am 27. März 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 7. November 2018 (BGBl. II S. 579).

Berlin, den 2. Oktober 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Fakultativprotokolls zum Übereinkommen
zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau**

Vom 2. Oktober 2019

Das Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (BGBl. 2001 II S. 1237, 1238) wird nach seinem Artikel 16 Absatz 2 für

Benin am 27. Dezember 2019
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 23. April 2019 (BGBl. II S. 462).

Berlin, den 2. Oktober 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
über den Geltungsbereich
des Übereinkommens über Streumunition**

Vom 2. Oktober 2019

Das Übereinkommen vom 30. Mai 2008 über Streumunition (BGBl. 2009 II S. 502, 504) wird nach seinem Artikel 17 Absatz 2 für die

Malediven am 1. März 2020
in Kraft treten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluss an die Bekanntmachung vom 11. Februar 2019 (BGBl. II S. 133).

Berlin, den 2. Oktober 2019

Auswärtiges Amt
Im Auftrag
Dr. Christophe Eick

**Bekanntmachung
des deutsch-französischen Abkommens
über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich**

Vom 5. November 2019

Das Abkommen in Form eines Notenwechsels vom 23. Oktober 2019 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich ist nach seinen Schlussbestimmungen

am 23. Oktober 2019

in Kraft getreten; die deutsche einleitende Note einschließlich des Abkommens wird nachstehend veröffentlicht.

Berlin, den 5. November 2019

Bundesministerium
für Wirtschaft und Energie
Im Auftrag
Dr. Eckard Franz

Der Botschafter
der Bundesrepublik Deutschland

Paris, den 23. Oktober 2019

Sehr geehrter Herr Minister,

ich beehre mich, Ihnen im Namen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland im Anschluss an die Gespräche zwischen Vertretern der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik im Hinblick auf die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern den Abschluss eines Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich vorzuschlagen, dessen Bestimmungen dieser Note beigelegt sind.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, ob sich die Regierung der Französischen Republik mit den dieser Note beigelegten Bestimmungen des Abkommens und der Anlagen 1 und 2, die Bestandteile des Abkommens darstellen, einverstanden erklärt. In diesem Fall werden diese Note und die das Einverständnis Ihrer Regierung zum Ausdruck bringende Antwortnote Eurer Exzellenz ein Abkommen zwischen unseren Regierungen über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich bilden, das mit dem Datum Ihrer Antwortnote in Kraft tritt.

Dieses Abkommen wird in deutscher und französischer Sprache geschlossen, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Dr. Nikolaus Meyer-Landrut

Seiner Exzellenz
dem Minister für Europa und Auswärtige Angelegenheiten
Französische Republik
Herrn Jean-Yves Le Drian
Paris

**Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über Ausfuhrkontrollen im Rüstungsbereich**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik
im Folgenden als „Vertragsparteien“ bezeichnet, –

in Anbetracht dessen, dass sie denselben europäischen und internationalen Verpflichtungen im Bereich der Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern und der Genehmigung von Ausfuhren, insbesondere dem Gemeinsamen Standpunkt 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008 in der Fassung vom 16. September 2019 betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern sowie dem Vertrag über den Waffenhandel vom 2. April 2013, unterliegen,

in Anbetracht ihrer jeweiligen Zuständigkeit für die Genehmigung von Verbringungen und Ausfuhren aus ihren jeweiligen Hoheitsgebieten von Rüstungsgütern aus regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekten und solchen, die von der deutschen und der französischen Industrie entwickelt wurden,

in Anbetracht dessen, dass die Bundesrepublik Deutschland ihre nationale Ausfuhrkontrolle für Rüstungsgüter auf der Grundlage ihrer nationalen Rechtsvorschriften und der Politischen Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 26. Juni 2019 durchführt,

in Anerkennung dessen, dass die Französische Republik ihre nationale Ausfuhrkontrolle für Rüstungsgüter auf der Grundlage ihrer nationalen Rechtsvorschriften einschließlich der einschlägigen Bestimmungen des Verteidigungsgesetzbuchs durchführt,

in Anerkennung der Bedeutung verlässlicher Verbringungs- und Ausfuhrmöglichkeiten für den wirtschaftlichen und politischen Erfolg ihrer industriellen und staatlichen Zusammenarbeit,

in Bekräftigung ihrer Bereitschaft, den mit der Ausfuhrkontrolle für Rüstungsgüter verbundenen Verwaltungsaufwand zu verringern und so den Erfolg ihrer gemeinsamen Programme sicherzustellen und deutsch-französische Industriepartnerschaften zu erleichtern,

Bezug nehmend auf den Vertrag vom 22. Januar 2019 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration, in dem sich die Staaten verpflichten, die engstmögliche Zusammenarbeit zwischen ihren Verteidigungsindustrien auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu unterstützen und bei gemeinsamen Projekten einen gemeinsamen Ansatz für Rüstungsexporte zu entwickeln,

Bezug nehmend auf das Abkommen vom 15. März 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen, –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

**Regierungsseitige Gemeinschaftsprojekte
und ihre Untersysteme**

(1) Die Vertragsparteien unterrichten einander – frühzeitig vor Aufnahme formeller Verhandlungen – über die Möglichkeit von Verkäufen an Dritte und übermitteln die zur Bewertung durch die andere Vertragspartei erforderlichen Informationen. Diese gegenseitige Übermittlung von Informationen schließt Gespräche über die Bedingungen, unter denen das Vorhaben aus Sicht der verbringenden oder ausführenden Vertragspartei im Einklang mit den europäischen und internationalen Verpflichtungen der Vertragsparteien durchgeführt werden kann, ein.

(2) Eine Vertragspartei widerspricht einer von der anderen Vertragspartei beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr an Dritte nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(3) Sollte eine Vertragspartei beabsichtigen, einer Verbringung oder einer Ausfuhr zu widersprechen, so unterrichtet sie die andere Vertragspartei so früh wie möglich, spätestens zwei Monate nach Kenntniserlangung der beabsichtigten Verbringung oder der beabsichtigten Ausfuhr. Die Vertragsparteien leiten umgehend hochrangige Konsultationen ein, um ihre Bewertungen auszutauschen und angemessene Lösungen zu finden. In diesem Fall unternimmt die einer Verbringung oder Ausfuhr widersprechende Vertragspartei alle Anstrengungen, um alternative Lösungen vorzuschlagen.

(4) Die in diesem Artikel bezeichneten Grundsätze gelten für alle regierungsseitigen Gemeinschaftsprojekte und ihre Untersysteme, einschließlich der Gemeinschaftsprojekte für die Systeme Next Generation Weapon System (NGWS) und Main Ground Combat System (MGCS).

Artikel 2

Rüstungsgüter aus industrieller Zusammenarbeit

(1) Eine Vertragspartei widerspricht der Verbringung oder der Ausfuhr eines Rüstungssystems eines Herstellers der anderen Vertragspartei, das Rüstungsgüter enthält, die von einem Hersteller der erstgenannten Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet

im Rahmen der Vertiefung der Integration der deutschen und der französischen Verteidigungsindustrie entwickelt wurden, an Dritte durch die andere Vertragspartei nicht, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(2) Sollte eine Vertragspartei beabsichtigen, einer Verbringung oder einer Ausfuhr zu widersprechen, so unterrichtet sie die andere Vertragspartei so früh wie möglich, spätestens zwei Monate nach Kenntniserlangung der beabsichtigten Verbringung oder Ausfuhr. Die Vertragsparteien leiten umgehend hochrangige Konsultationen ein, um ihre Bewertungen auszutauschen und angemessene Lösungen zu finden.

Artikel 3

„De-minimis“-Grundsatz

(1) Nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 1 oder 2 fallende von einem Hersteller der einen Vertragspartei entwickelte Rüstungsgüter, die in ein Rüstungssystem eines Herstellers der anderen Vertragspartei integriert werden (im Folgenden als „Zulieferungen“ bezeichnet), unterliegen dem „De-minimis“-Grundsatz.

(2) Nach dem in Absatz 1 genannten „De-minimis“-Grundsatz erteilt eine Vertragspartei, sofern ihr Zulieferanteil zu einem durch die andere Vertragspartei zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem unterhalb eines zwischen den Vertragsparteien zuvor einvernehmlich festgelegten Prozentsatzes liegt, unverzüglich die entsprechenden Verbringungs- oder Ausfuhrgenehmigungen, außer in dem Ausnahmefall, in dem ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(3) Einzelheiten des „De-minimis“-Grundsatzes regeln die Anlagen 1 und 2 zu diesem Abkommen, die einen Bestandteil desselben darstellen.

Artikel 4

Ständiges Gremium

(1) Die Vertragsparteien richten ein ständiges Gremium zur Beratung über die durch dieses Abkommen geregelten Angelegenheiten und die in Artikel 1 Absatz 3, Artikel 2 Absatz 2 und in der Anlage 1 dieses Abkommens genannten Konsultationen ein.

(2) In diesem Zusammenhang ausgetauschte Verschlusssachen und die Konsultationen selbst werden von beiden Vertragsparteien im Einklang mit dem Abkommen vom 15. März 2005 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen geschützt.

Artikel 5

Schlussbestimmungen

(1) Dieses Abkommen bleibt in Kraft, solange es nicht von einer Vertragspartei unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten schriftlich gekündigt wird.

(2) Im Falle einer Kündigung dieses Abkommens erfüllen die Vertragsparteien in Hinblick auf Verbringungen oder Ausfuhren von Rüstungsgütern, deren jeweilige Verbringungs- oder Ausfuhrgenehmigung vor der Kündigung des Abkommens beantragt wurde, weiterhin ihre Verpflichtungen aus diesem Abkommen.

(3) Das nach Artikel 4 eingerichtete ständige Gremium besteht so lange fort, wie die Vertragsparteien es für erforderlich halten, um sich aus der Kündigung ergebende Fragen zu klären.

Anlage 1
(zu Artikel 3)*„De-minimis“-Grundsatz*

(1) Vereinfachte Genehmigungsverfahren nach dem „*De-minimis*“-Grundsatz finden nur Anwendung auf Zulieferungen, wie in Artikel 3 Absatz 1 dieses Abkommens definiert, von in der Gemeinsamen Militärgüterliste der Europäischen Union in ihrer jeweils geltenden Fassung aufgeführten Gütern, ausgenommen davon sind Zulieferungen von den in Anlage 2 aufgeführten Gütern.

(2) Die Vertragsparteien verfahren nach dem „*De-minimis*“-Grundsatz bei einem Zulieferanteil bis zu einem prozentualen Schwellenwert von 20 % des Wertes des zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystems. Dieser Gesamtwert umfasst keine Instandhaltungsmaßnahmen, Ersatzteile, Schulungen oder Reparaturen.

(3) Im Rahmen des Ständigen Gremiums überprüfen die Vertragsparteien die Umsetzung des „*De-minimis*“-Grundsatzes und den in Absatz 2 festgelegten prozentualen Schwellenwert in regelmäßigen Abständen sowie, auf Antrag einer Vertragspartei, in besonderen Fällen.

(4) Übersteigt der Zulieferanteil einer Vertragspartei nicht den in Absatz 2 festgelegten Schwellenwert, so erteilt diese die entsprechende Verbringungs- oder Ausfuhrgenehmigung unverzüglich, außer in dem Ausnahmefall, dass ihre unmittelbaren Interessen oder ihre nationale Sicherheit dadurch beeinträchtigt würden.

(5) Findet der „*De-minimis*“-Grundsatz Anwendung, so

- ist die Vertragspartei, aus deren Hoheitsgebiet das Gesamtsystem verbracht oder ausgeführt wird, alleinig für die Prüfung der Einhaltung der gemeinsamen internationalen und EU-rechtlichen Verpflichtungen der Vertragsparteien zuständig;

- ist keine Endverbleibserklärung oder Nachweis über die Nichtwiederausfuhr im Zusammenhang mit der deutsch-französischen Verbringungsgenehmigung erforderlich. Ein Nachweis über die Integration der Zulieferung in das Gesamtsystem kann von der jeweiligen Vertragspartei verlangt werden.

(6) Instandhaltungsmaßnahmen, Ersatzteile, Schulungen und Reparaturen von unter den „*De-minimis*“-Grundsatz fallenden Zulieferungen werden wie Anträge auf Ausfuhr- oder Verbringungsgenehmigungen nach dem „*De-minimis*“-Grundsatz behandelt.

(7) Der Zulieferanteil einer Vertragspartei an dem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem wird wie folgt angezeigt:

- Sollte das eine Zulieferung erhaltende Unternehmen die Anwendung des „*De-minimis*“-Grundsatzes wünschen, so teilt es seiner nationalen Genehmigungsbehörde und seinen Zulieferern den Zulieferanteil der anderen Vertragspartei an seinem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem mit.
- Sollte das Zuliefererunternehmen die Anwendung des „*De-minimis*“-Grundsatzes wünschen, so teilt es seiner nationalen Genehmigungsbehörde den nationalen Zulieferanteil an dem zu verbringenden oder auszuführenden Gesamtsystem mit.

(8) Die Genehmigungsbehörde einer Vertragspartei kann jederzeit bei der Genehmigungsbehörde der anderen Vertragspartei eine Bestätigung der von dem die Zulieferung erhaltenden Unternehmen mitgeteilten Informationen anfordern.

Anlage 2

(zu Artikel 3)

Güter, auf die der „*De-minimis*“-Grundsatz nicht angewendet wird**CL1 Waffen mit glattem Lauf mit einem Kaliber kleiner als 20 mm, andere Handfeuerwaffen und Maschinenwaffen mit einem Kaliber von 12,7 mm (0,50 Inch) oder kleiner:**

1. Maschinengewehre;
2. Maschinenpistolen;
3. Vollautomatische Gewehre, besonders konstruiert für militärische Zwecke.

CL2 Waffen mit glattem Lauf mit einem Kaliber von 20 mm oder größer, andere Waffen oder Bewaffnung mit einem Kaliber größer als 12,7 mm (0,50 Inch):

4. Geschütze;
5. Haubitzen;
6. Kanonen;
7. Mörser;
8. Panzerabwehrwaffen;
9. Einrichtungen zum Abfeuern von letalen Geschossen und Raketen;
10. Gewehre;
11. Rückstoßfreie Waffen;
12. Waffen mit glattem Lauf.

CL3 Munition sowie die übrigen nachstehend aufgeführten Güter:

13. Munition für die von Nummer CL1, CL2 erfassten Waffen;
14. Einzelne Treibladungen und Geschosse für die von Nummern 5, 6 und 7 erfassten Waffen;
15. Einzelne Zünder für die von Nummer 5, 6, 7 und 11 erfassten Waffen.

CL4 Bomben, Torpedos, Raketen, Flugkörper, andere Sprengkörper und -ladungen sowie die übrigen nachstehend aufgeführten Güter:

16. Bomben;
17. Torpedos;
18. Granaten;
19. Raketen;
20. Minen;
21. Flugkörper;
22. Wasserbomben;
23. Sprengkörper-Ladungen und Sprengkörper-Zubehör, besonders konstruiert für militärische Zwecke;
24. Zünder für die von den Nummern 16 bis 20, 22, 23 erfassten Waffen;
25. Gefechtsköpfe und Zielsuchköpfe für die von Nummer 17 und 19 erfassten Waffen;
26. Antriebssysteme für die von Nummer 16 und 19 erfassten Waffen;
27. Zünder, Zielsuchköpfe, Gefechtsköpfe und Antriebssysteme für bodengerichtete Lenkflugkörper.

CL5 Nachstehend aufgeführte Güter zum Einbau in Kampfpanzer:

28. Fahrgestelle besonders konstruiert für Kampfpanzer;
29. Türme besonders konstruiert für Kampfpanzer.

CL6 Nachstehend aufgeführte Güter zum Einbau in bemannte militärische Luftfahrzeuge:

30. Triebwerke;
31. ganze Zellen für Kampfflugzeuge.

**Bekanntmachung
der Änderung der Anlagen 2, 6 und 7 des TIR-Übereinkommens 1975**

Vom 8. November 2019

Nach Artikel 59 in Verbindung mit Anlage 8 des Zollübereinkommens über den internationalen Warentransport mit Carnets TIR vom 14. November 1975 (TIR-Übereinkommen) (BGBl. 1979 II S. 445, 446), das zuletzt durch die am 12. Juni 2014 angenommene Änderung (BGBl. 2015 II S. 501, 502) geändert worden ist, hat der gemäß Anlage 8 des Übereinkommens gebildete Verwaltungsausschuss am 11. Februar 2016 die Änderung der Anlagen 2, 6 und 7 des Übereinkommens angenommen. Die Änderung ist nach Artikel 60 Absatz 1 des Übereinkommens für die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen Vertragsparteien

am 1. Januar 2017

in Kraft getreten.

Die Änderung der Anlagen 2, 6 und 7 (ABl. L 321 vom 29.11.2016, S. 31) des TIR-Übereinkommens 1975 wird nachstehend mit der entsprechenden Änderung der deutschen Übersetzung des Übereinkommens veröffentlicht.

Berlin, den 8. November 2019

Bundesministerium der Finanzen
Im Auftrag
Bremer

Änderung der Anlage 6 des TIR-Übereinkommens 1975

(Übersetzung)

The Administrative Committee,

Agreeing that national measures to ensure the proper use of the TIR procedure are allowed as long as they are communicated as soon as possible and, if possible, prior to their entry into force to and discussed by the TIRExB as to their conformity with the TIR Convention,

Recognizing that TIRExB is vested with the responsibility to supervise the application of the TIR convention and to facilitate the settlement of disputes between Contracting Parties, associations, insurance companies and international organizations, as per Annex 8, Article 10 of the TIR Convention,

Understanding that the word "immediately" in Article 42 ^{bis} does not provide sufficient clarity,

Has adopted the following amendment to Annex 6 of the Convention, in accordance with the provisions of Article 60 of the Convention:

Annex 6, New Explanatory Note 0.42 ^{bis}:

Add a new Explanatory Note to Article 42 ^{bis} to read

Explanatory Note to Article 42 ^{bis}:

"0.42 ^{bis} The term "immediately" in Article 42 ^{bis} is understood to mean that national measures that may affect the application of the TIR Convention and/or functioning of the TIR system, ought to be communicated in writing to the TIR Executive Board (TIRExB) as soon as possible and, if possible, prior to their entry into force so as to allow TIRExB to efficiently discharge its supervisory functions and fulfil its responsibility to examine the measure as to its conformity with the TIR Convention in accordance with Article 42 ^{bis} and its Terms of Reference as laid down in Annex 8 of the TIR Convention."

Le Comité de gestion,

Estimant que les mesures nationales visant à assurer la bonne application du régime TIR sont autorisées sous réserve qu'elles soient signalées dans les plus brefs délais et, dans la mesure du possible, avant leur entrée en vigueur à la TIRExB et que celle-ci détermine si elles sont conformes à la Convention TIR,

Conscient que la TIRExB est chargée de superviser l'application de la Convention et de faciliter le règlement des différends entre les Parties contractantes, les associations, les compagnies d'assurances et les organisations internationales conformément à l'article 10 de l'annexe 8 de la Convention,

Consciente que le mot « immédiatement » à l'article 42 ^{bis} n'est pas suffisamment clair,

A adopté l'amendement ci-après à l'annexe 6 de la Convention, conformément aux dispositions de l'article 60 de la Convention :

Annexe 6, Nouvelle note explicative 0.42 ^{bis} :

Ajouter la nouvelle note explicative ci-après à l'article 42 ^{bis}

« Note explicative à l'article 42 ^{bis} :

0.42 ^{bis} À l'article 42 ^{bis}, l'adverbe « immédiatement » signifie que toute mesure prise au niveau national qui serait susceptible d'influer sur l'application de la Convention et / ou le fonctionnement du régime TIR doit être communiquée par écrit dès que possible, et, si possible, avant son entrée en vigueur, à la Commission de contrôle TIR, afin de permettre à celle-ci de s'acquitter pleinement de sa fonction de contrôle et de vérifier que ladite mesure est conforme aux dispositions de la Convention, en vertu de l'article 42 ^{bis} et de son mandat tel qu'énoncé à l'annexe 8 de la Convention TIR. ».

Der Verwaltungsausschuss –

zustimmend, dass nationale Maßnahmen zur Sicherstellung der ordnungsgemäßen Anwendung des TIR-Verfahrens zulässig sind, wenn sie zum frühestmöglichen Zeitpunkt und nach Möglichkeit vor ihrem Inkrafttreten der TIR-Kontrollkommission mitgeteilt und von dieser bezüglich ihrer Übereinstimmung mit dem TIR-Übereinkommen erörtert werden,

in dem Bewusstsein, dass die TIR-Kontrollkommission nach Artikel 10 der Anlage 8 des TIR-Übereinkommens damit betraut ist, die Anwendung des TIR-Übereinkommens zu überwachen und die Beilegung von Streitigkeiten zwischen den Vertragsparteien, Verbänden, Versicherungsgesellschaften und internationalen Organisationen zu erleichtern,

in dem Verständnis, dass der Begriff „umgehend“ in Artikel 42a keine ausreichende Klarheit herstellt –

hat in Einklang mit Artikel 60 des Übereinkommens die folgende Änderung der Anlage 6 des Übereinkommens beschlossen:

Anlage 6, neue Erläuterung 0.42a:

Es wird folgende neue Erläuterung zu Artikel 42a eingefügt:

„1Erläuterung zu Artikel 42a:

0.42a Der Ausdruck „umgehend“ in Artikel 42a bedeutet, dass nationale Maßnahmen, die Auswirkungen auf die Anwendung des TIR-Übereinkommens beziehungsweise auf das Funktionieren des TIR-Systems haben können, der TIR-Kontrollkommission zum frühestmöglichen Zeitpunkt und nach Möglichkeit vor ihrem Inkrafttreten schriftlich mitzuteilen sind², damit die TIR-Kontrollkommission ihre Überwachungsaufgaben wirksam erfüllen und ihrer Verantwortung nachkommen kann, die Maßnahme in Einklang mit Artikel 42a und ihren in Anlage 8 des TIR-Übereinkommens festgelegten Aufgaben auf Übereinstimmung mit dem TIR-Übereinkommen zu prüfen.“

¹ Anmerkung d. Übers.: In der englischen Fassung befinden sich diese Anführungsstriche erst in der nächsten Zeile vor „0.42 ^{bis}“.

² Anmerkung d. Übers.: Grundlage dieser Übersetzung ist hier die französische Fassung. Die englische Fassung weicht hiervon ab. Dort findet sich „ought to be communicated“, was mit „mitgeteilt werden sollten“ wiederzugeben wäre.

Änderung der Anlagen 2 und 7 des TIR-Übereinkommens 1975

(Übersetzung)

The Administrative Committee,

Recognizing that, in order that goods carried under the TIR transit procedure may travel with minimum interference "en route" and yet offer maximum safeguards to customs administrations, it is necessary that goods travel in customs secure vehicles or containers,

Understanding that vehicles and containers with a sheeted sliding roof are a new transport technique improving the effectiveness and efficiency of road transport,

Confident that the introduction of a new design of vehicles and containers with a sheeted sliding roof or sliding sheets is customs secure, and could be incorporated into Annexes 2 and 7 of the TIR convention,

Has adopted the following amendments to Annexes 2 and 7 of the Convention, in accordance with the provisions of Article 60 of the Convention:

Annex 2, Article 4, paragraph 2, (i)

For the existing text substitute

- (i) The sliding sheets, floor, doors and all other constituent parts of the load compartment shall be assembled either by means of devices which cannot be removed and replaced from the outside without leaving obvious traces, or by such methods as will produce a structure which cannot be modified without leaving obvious traces.

Annex 2, Article 4, paragraph 2, (iii)

For the existing text substitute

- (iii) The sliding sheet guidance, sliding sheet tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that when closed, and Customs sealed, doors and other movable parts cannot be opened or closed from the outside without leaving obvious traces. The sliding sheet guidance, sliding sheet tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that it is impossible to gain access to the load compartment without leaving obvious traces once the closing de-

Le Comité de gestion,

Conscient que les marchandises, pour que leur transport sous le régime de transit TIR puisse se dérouler avec un minimum d'interventions au cours du trajet tout en offrant un maximum de garanties aux administrations douanières, doivent être transportées dans des véhicules ou des conteneurs satisfaisant aux exigences de sécurité douanière,

Conscient que les véhicules et les conteneurs à bâche de toit coulissante relèvent d'une nouvelle technique qui améliore l'efficacité et l'efficience du transport routier,

Convaincu que l'adoption d'un nouveau type de véhicules et de conteneurs équipés de bâches de toit coulissantes ou de bâches coulissantes permet de satisfaire aux exigences de sécurité douanière et qu'une prescription à cet effet pourrait être intégrée dans les annexes 2 et 7 de la Convention TIR,

A adopté les amendements ci-après aux annexes 2 et 7 de la Convention, conformément aux dispositions de l'article 60 de la Convention :

Annexe 2, article 4, paragraphe 2, alinéa i)

Modifier comme suit :

- i) Les bâches coulissantes, plancher, portes et tous autres éléments constitutifs du compartiment de chargement doivent être assemblés soit au moyen de dispositifs ne pouvant être enlevés et remis en place de l'extérieur sans laisser de traces visibles, soit selon des méthodes ayant pour effet de constituer un ensemble ne pouvant être modifié sans laisser de traces visibles.

Annexe 2, article 4, paragraphe 2, alinéa iii)

Modifier comme suit :

- iii) Le système de guidage et les dispositifs de tension des bâches coulissantes ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de manière qu'on ne puisse ouvrir ni fermer de l'extérieur sans laisser de traces visibles les portes et autres parties mobiles une fois qu'elles sont fermées et scellées pour la douane. Le système de guidage et les dispositifs de tension des bâches coulissantes ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de manière qu'il soit impossible d'accéder au

Der Verwaltungsausschuss –

in dem Bewusstsein, dass Waren in zoll-sicheren Fahrzeugen oder Behältern befördert werden müssen, damit im TIR-Versandverfahren beförderte Waren mit minimalem Eingreifen im Verlauf der Beförderung befördert werden können und Zollbehörden dennoch ein Höchstmaß an Sicherheit geboten wird,

in dem Verständnis, dass Fahrzeuge und Behälter mit Schiebeplanendach ein neues Beförderungsverfahren sind, das die Effektivität und die Effizienz des Straßengütertransports erhöht,

in der Überzeugung, dass die Einführung eines neuen Fahrzeug- und Behältertyps mit Schiebeplanendach oder Schiebeplanen zollsicher ist und in die Anlagen 2 und 7 des TIR-Übereinkommens aufgenommen werden könnte –

hat in Einklang mit Artikel 60 des Übereinkommens die folgenden Änderungen der Anlagen 2 und 7 des Übereinkommens beschlossen:

Anlage 2 Artikel 4 Absatz 2 Ziffer i

Der bisherige Wortlaut ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

- i) Schiebeplanen, Boden, Türen und alle anderen Bestandteile des Laderaums müssen entweder durch Vorrichtungen, die von außen nicht entfernt und wieder angebracht werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, oder durch eine Konstruktion, die ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht verändert werden kann, zusammengefügt sein.

Anlage 2 Artikel 4 Absatz 2 Ziffer iii

Der bisherige Wortlaut ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

- iii) Die Führung der Schiebeplane, die Schiebeplanenspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass, wenn sie verschlossen und zollamtlich versiegelt sind, Türen und andere bewegliche Teile nicht ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren von außen geöffnet oder geschlossen werden können. Die Führung der Schiebeplane, die Schiebeplanenspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass der Zugang zum Laderaum

vices have been secured. An example of such a system of construction is given in sketch No. 9 appended to these Regulations.

compartiment de chargement sans laisser de traces visibles une fois que les dispositifs de fermeture ont été scellés. Le croquis n° 9 figurant en appendice au présent Règlement illustre un exemple d'un tel système de construction.

nach Sicherung der Verschlussvorrichtungen ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht möglich ist. Ein Beispiel für eine solche Konstruktion ist in der diesen Vorschriften beigefügten Zeichnung Nr. 9 dargestellt.

Annex 2, new Article 5

After the modified Article 4 insert

Article 5

Vehicles with a sheeted sliding roof

1. Where applicable, the provisions of Articles 1, 2, 3 and 4 of these Regulations shall apply to vehicles with a sheeted sliding roof. In addition, these vehicles shall conform to the provisions of this Article.

2. The sheeted sliding roof shall fulfil the requirements set out in (i) to (iii) below.

- i) The sheeted sliding roof shall be assembled either by means of devices which cannot be removed and replaced from the outside without leaving obvious traces, or by such methods as will produce a structure which cannot be modified without leaving obvious traces.
- ii) The sliding roof sheet shall overlap with the solid part of the roof at the front side of the load compartment, so that the roof sheet cannot be pulled over the top edge of the upper cantilever. In the length of the load compartment, at both sides, in the hem of the roof sheet, a prestressed steel cable shall be inserted in such a way that it cannot be removed and re-inserted without leaving obvious traces. The roof sheet shall be secured to the sliding carriage in such a way that it cannot be removed and re-secured without leaving obvious traces.
- iii) The sliding roof guidance, the sliding roof tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that when closed, and Customs sealed, doors, roof and other movable parts cannot be opened or closed from the outside without leaving obvious traces. The sliding roof guidance, sliding roof tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that it is impossible to gain access to the load compartment without leaving obvious traces once the closing devices have been secured.

An example of a possible system of construction is shown in sketch No. 10, appended to these Regulations.

Annexe 2, nouvel article 5

Après l'article 4 modifié, ajouter :

« Article 5

Véhicules à bâche de toit coulissante

1. Lorsqu'il y a lieu, les dispositions des articles 1, 2, 3 et 4 du présent Règlement s'appliquent aux véhicules à bâche de toit coulissante. Ces véhicules doivent en outre être conformes aux dispositions du présent article.

2. La bâche de toit coulissante doit être conforme aux prescriptions des alinéas i) à iii) ci-après :

- i) La bâche de toit coulissante doit être assemblée soit au moyen de dispositifs ne pouvant être enlevés et remis en place de l'extérieur sans laisser de traces visibles, soit par des méthodes ayant pour effet de constituer un ensemble ne pouvant être modifié sans laisser de traces visibles.
- ii) La bâche de toit coulissante doit recouvrir la partie pleine du toit à l'avant du compartiment de chargement de telle manière qu'elle ne puisse être tirée par-dessus l'arête supérieure de la longrine supérieure. Dans la longueur du compartiment de chargement, des deux côtés, un câble en acier précontraint doit être inséré dans l'ourlet de la bâche de toit de telle manière qu'on ne puisse le retirer et le réinsérer sans laisser de traces visibles. La bâche de toit doit être fixée au chariot de coulissage de telle manière qu'on ne puisse la retirer et la fixer de nouveau sans laisser de traces visibles.
- iii) Le système de guidage et les dispositifs de tension de la bâche de toit coulissante ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de telle manière que, une fois que les dispositifs de fermeture ont été scellés, il soit impossible d'accéder au compartiment de chargement sans laisser de traces visibles. Le système de guidage et les dispositifs de tension de la bâche de toit coulissante ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de telle manière que, une fois que les dispositifs de fermeture ont été scellés, il soit impossible d'accéder au compartiment de chargement sans laisser de traces visibles.

Le croquis n° 10 figurant en appendice au présent Règlement illustre un exemple possible d'un tel système de construction. ».

Anlage 2 neuer Artikel 5

Nach dem geänderten Artikel 4 wird folgender neue Artikel eingefügt:

Artikel 5

Fahrzeuge mit einem Schiebeplanendach

(1) Die Artikel 1, 2, 3 und 4 gelten auch für Fahrzeuge mit Schiebeplanendach, soweit sie darauf anwendbar sind. Außerdem müssen diese Fahrzeuge den Bestimmungen dieses Artikels entsprechen.

(2) Das Schiebeplanendach muss den Erfordernissen der Ziffern i bis iii entsprechen.

- i) Das Schiebeplanendach muss entweder durch Vorrichtungen, die von außen nicht entfernt und wieder angebracht werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, oder durch eine Konstruktion, die ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht verändert werden kann, zusammengefügt sein.
- ii) Die Dachschiebeplane muss den festen Teil des Daches an der Laderaumvorderseite so überdecken, dass die Dachplane nicht über die Oberkante des Dachholms gezogen werden kann. An beiden Längsseiten des Laderaums ist in den Saum der Dachplane ein vorgespanntes Stahlseil derart einzuführen, dass es nicht entfernt und wieder eingeführt werden kann, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen. Die Dachplane muss so am Laufapparat gesichert werden, dass sie nicht entfernt und wieder gesichert werden kann, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.
- iii) Die Führung des Schiebeplanendachs, die Schiebeplanenspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass, wenn sie verschlossen und zollamtlich versiegelt sind, Türen, Dach und andere bewegliche Teile nicht ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren von außen geöffnet oder geschlossen werden können. Die Führung des Schiebeplanendachs, die Schiebedachspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass der Zugang zum Laderaum nach Sicherung der Verschlussvorrichtungen ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht möglich ist.

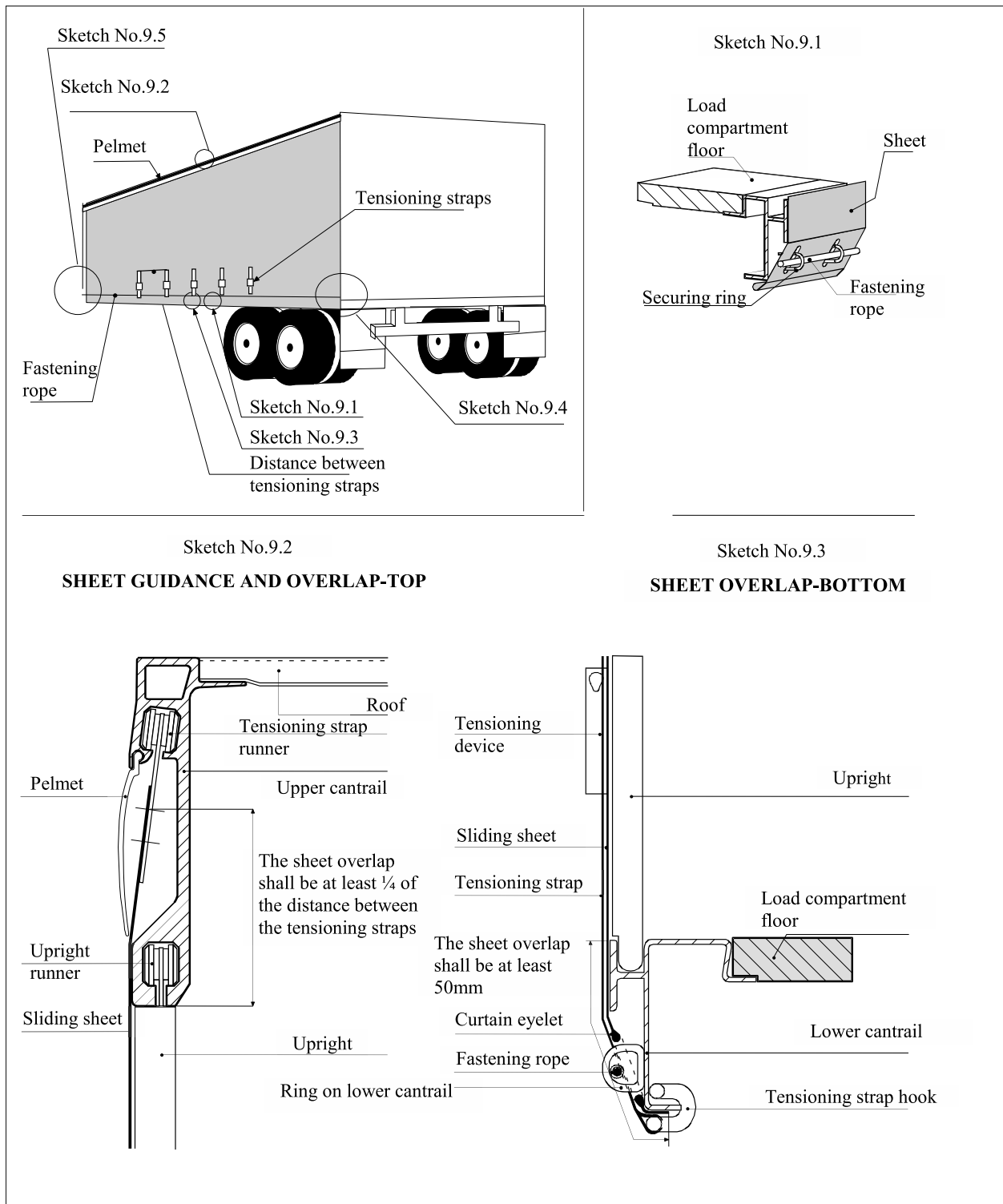
Ein Beispiel für eine mögliche Konstruktion ist in der diesen Vorschriften beigefügten Zeichnung Nr. 10 dargestellt.

Annex 2, Sketch No. 9

For the existing Sketch No. 9 substitute

Sketch No. 9

Example of a construction of a vehicle with sliding sheets

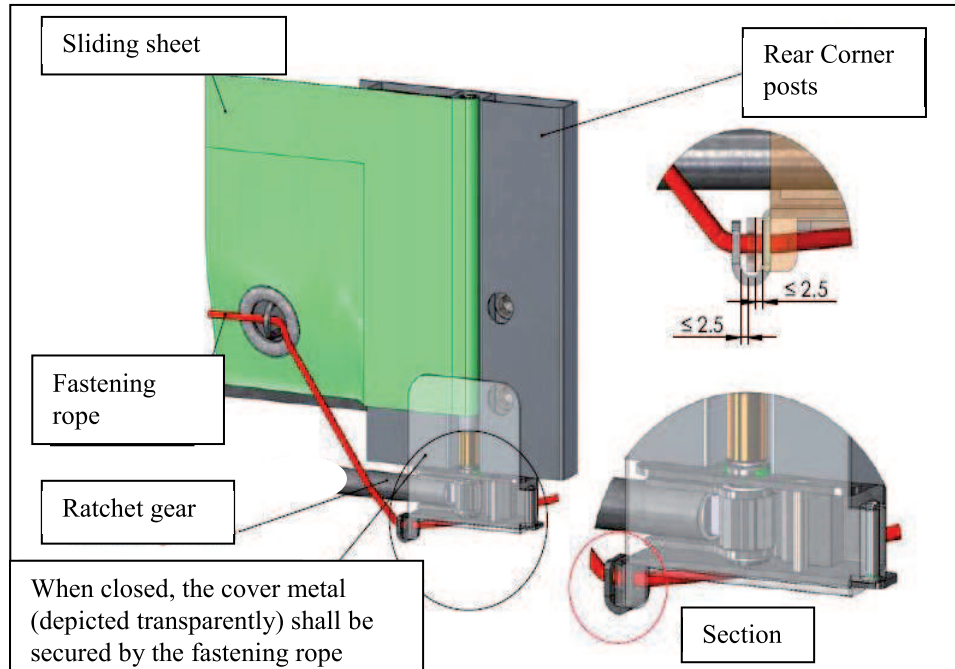


Sketch No. 9 continued

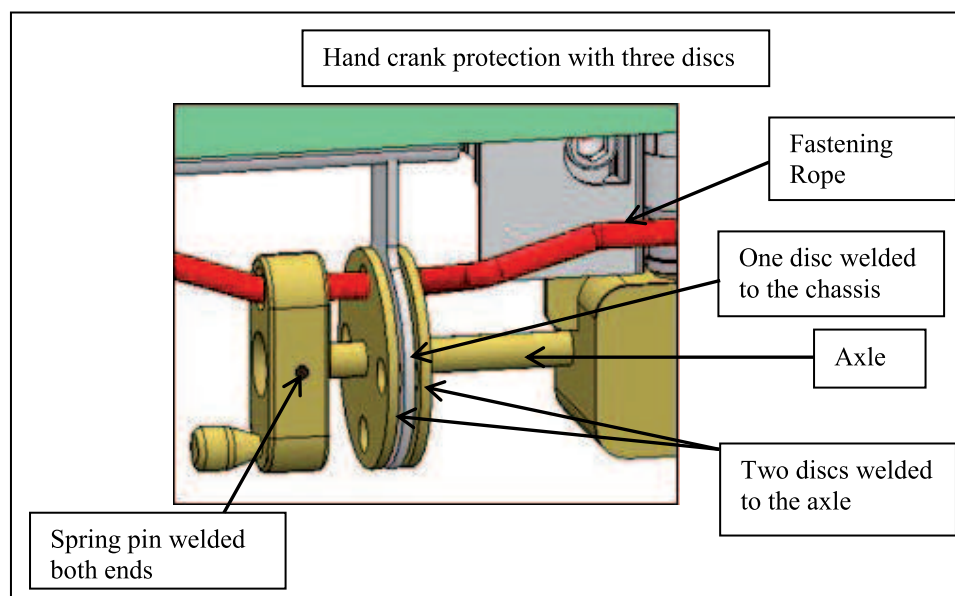
Sketch No. 9.4

To tighten the sliding sheets in the horizontal direction, a ratchet gear is used (normally at the rear end of the vehicle). This sketch shows two examples, (a) and (b), of how the ratchet or gearbox may be secured.

(a) Ratchet securing



(b) Gearbox securing

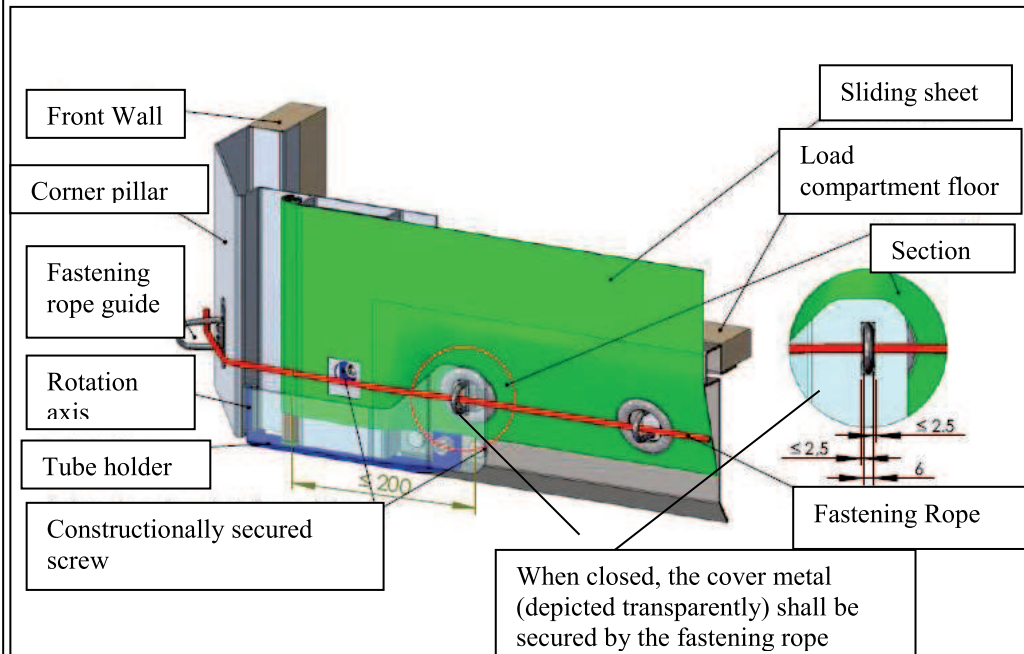


Sketch No. 9 continued

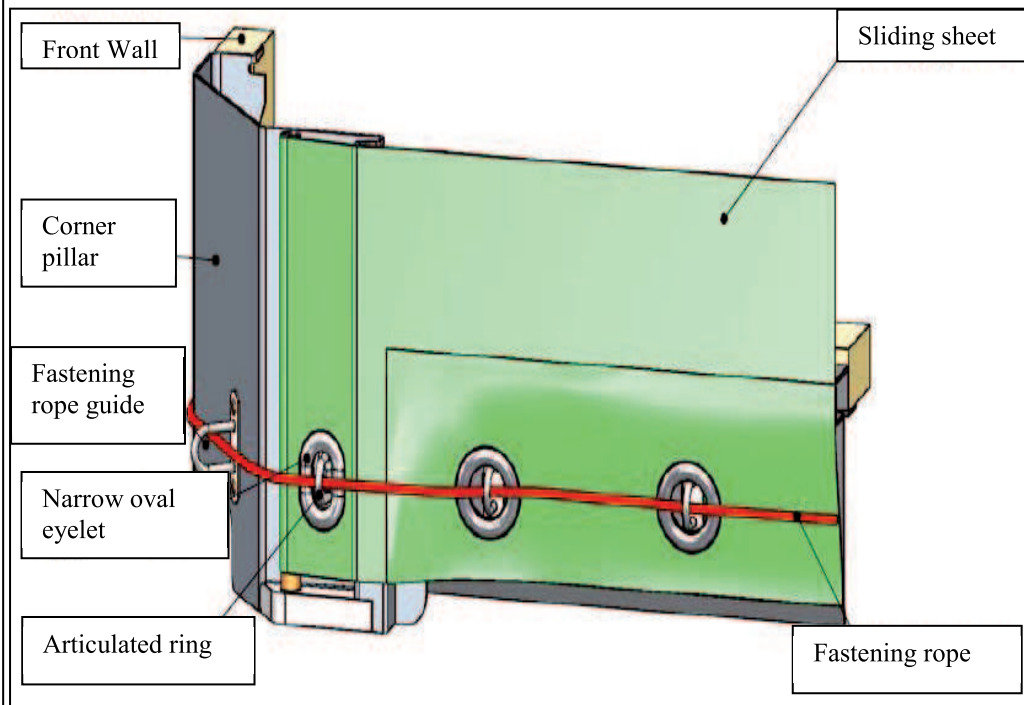
Sketch No. 9.5

To fix the sliding sheet on the other side (normally the front of the vehicle), the following systems, (a) or (b), may be used.

(a) Cover metal



(b) Narrow oval eyelet, anti-lifting system for the tensioning tube

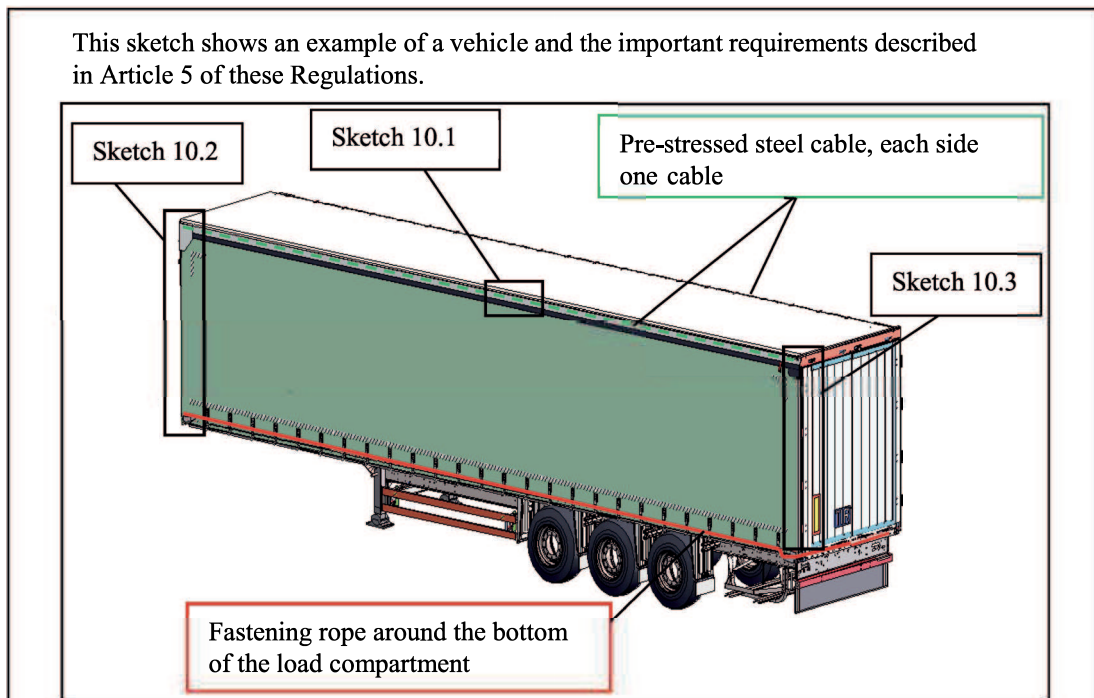


Annex 2, new Sketch No. 10

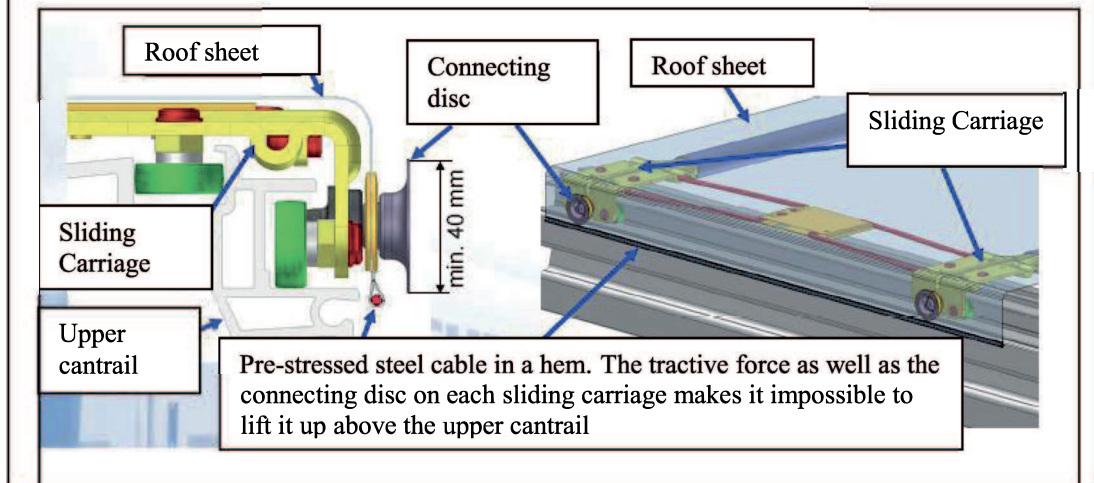
After new Sketch No. 9 insert

Sketch No. 10

Example of a construction of a vehicle with a sheeted sliding roof

Sketch No. 10.1

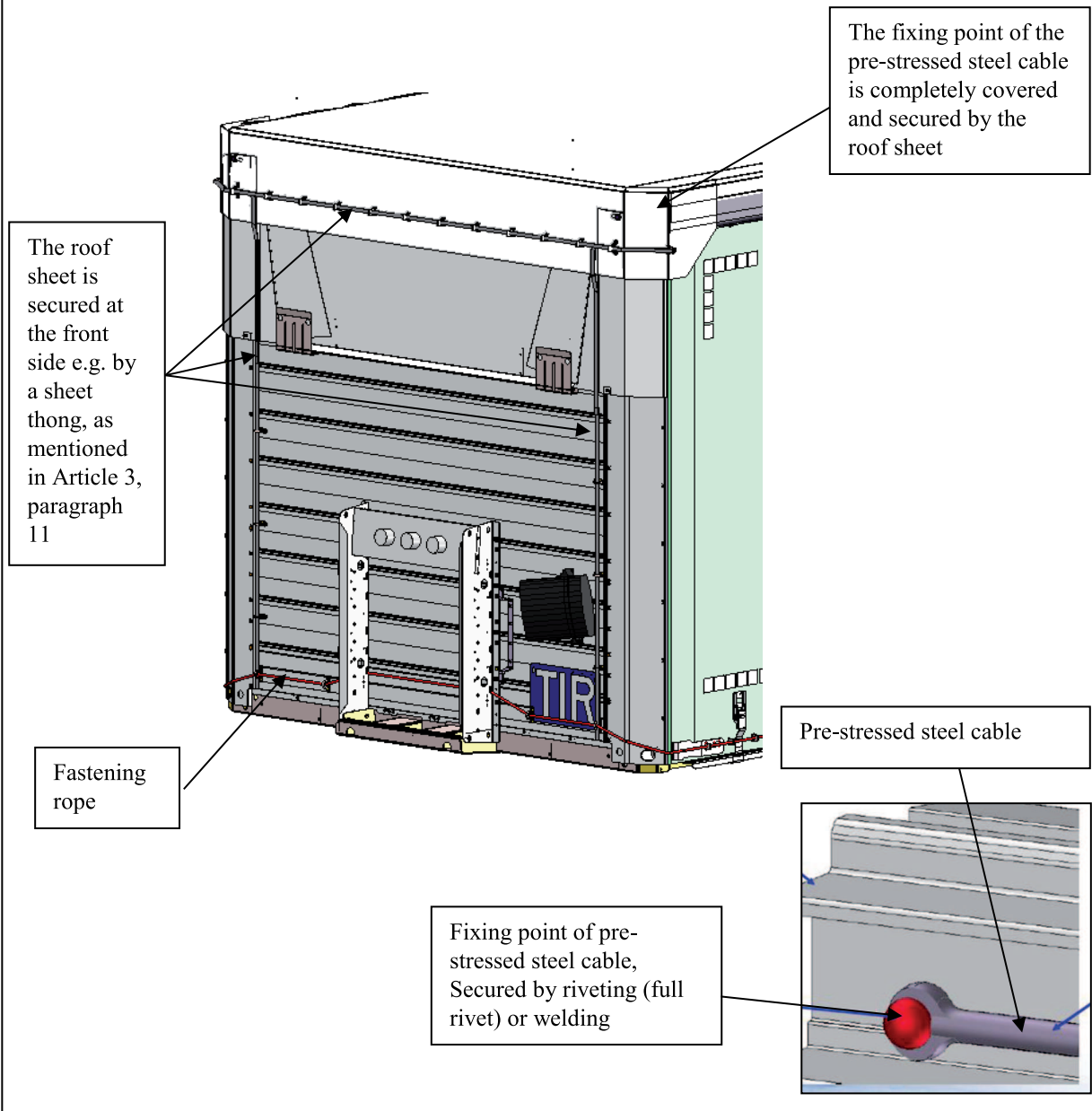
Two pre-stressed steel cables, embedded in a hem, are fixed on each side of the load compartment. This pre-stressed steel cable is fixed to the front (see sketch 10.2) and rear of the body (see sketch 10.3). The tractive force as well as the connecting disc on each sliding carriage makes it impossible to lift up the hem with the pre-stressed steel cable above the upper cantrail.



Sketch No. 10 continued

Sketch No.10.2

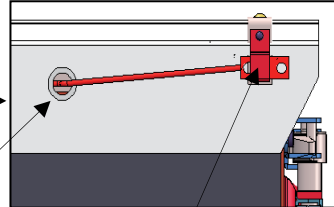
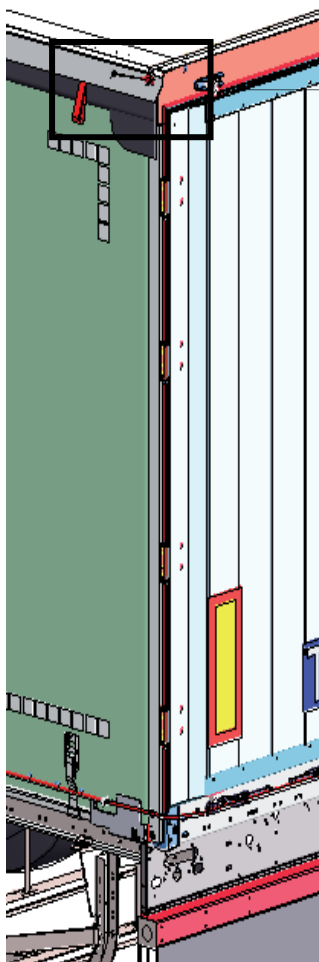
The sliding roof sheet shall overlap with the solid part of the roof at the front side of the load compartment, so that the roof sheet cannot be pulled over the top edge of the upper cantrail.



Sketch No. 10 continued

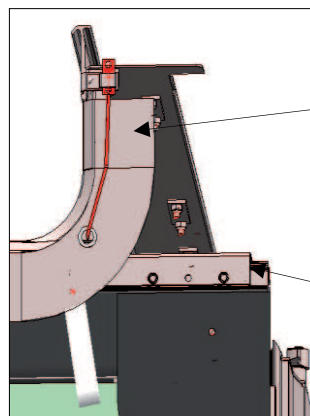
Sketch No.10.3

At the rear, a special device, such as a baffle plate, is fitted to the roof, preventing access to the load compartment, without leaving obvious traces when the doors are closed and sealed.



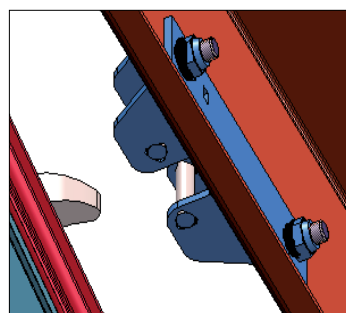
Pre-stressed cable goes in a hem

The fixing point of the pre-stressed steel cable is completely covered, and the metal cover is secured by welding or riveting (full rivet)



Tensioning device on the lever mechanism. By folding down the part of the roof with the tensioning device, the pre-stressed steel cable will be under tension

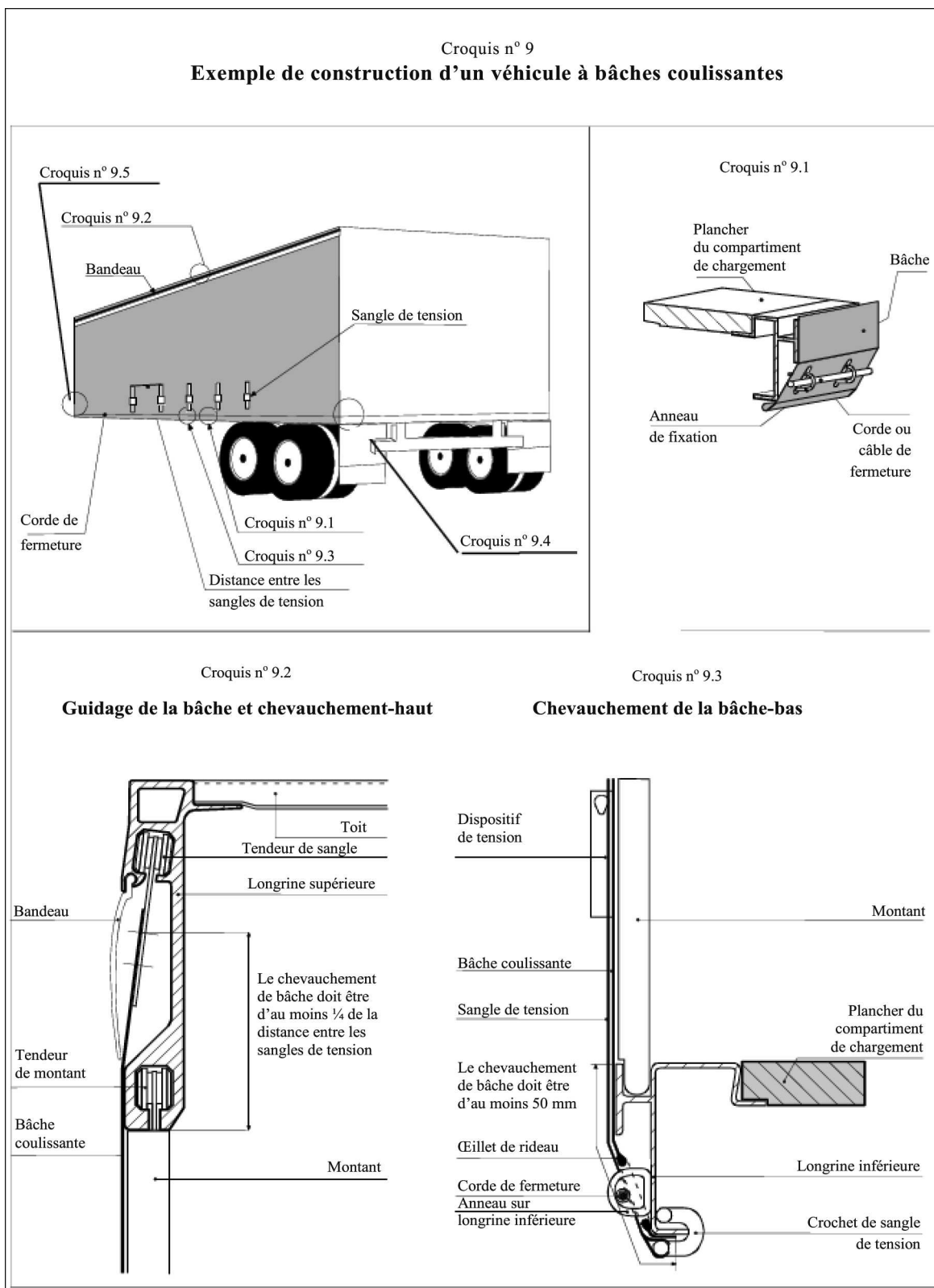
Sliding carriage from the roof sheet (closed) with lock system (inside)



By closing and sealing the doors, the systems are customs secure.

Annexe 2, nouveau croquis n° 9

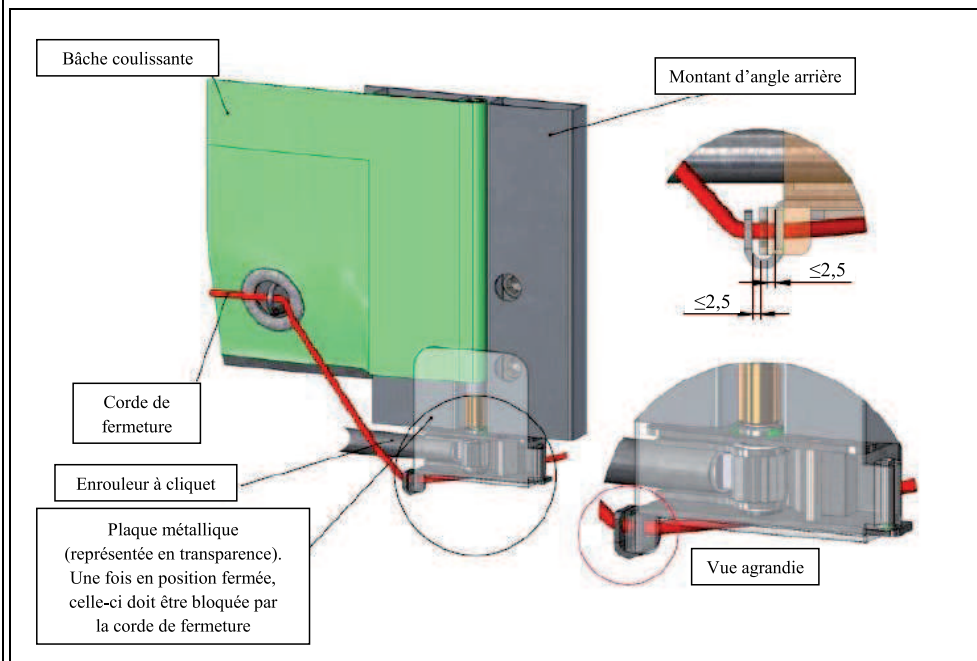
Remplacer le croquis n° 9 par le suivant :



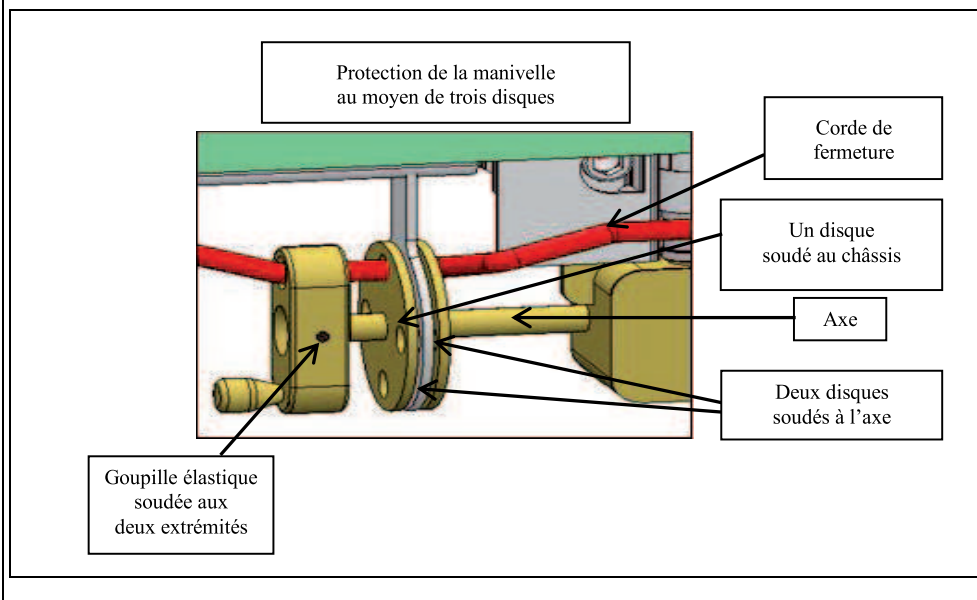
Croquis n° 9.4

Pour tendre la bâche coulissante horizontalement, on utilise un enrouleur à cliquet (habituellement à l'arrière du véhicule). Le présent croquis donne deux exemples a) et b) de la manière de verrouiller l'enrouleur à cliquet ou le tendeur à réducteur.

a) Verrouillage de l'enrouleur à cliquet



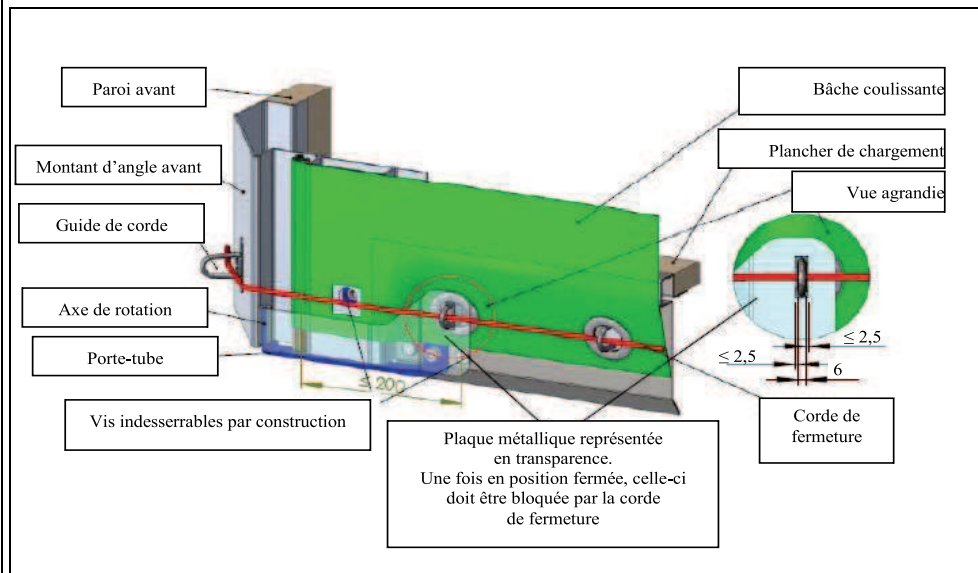
b) Verrouillage du tendeur à réducteur



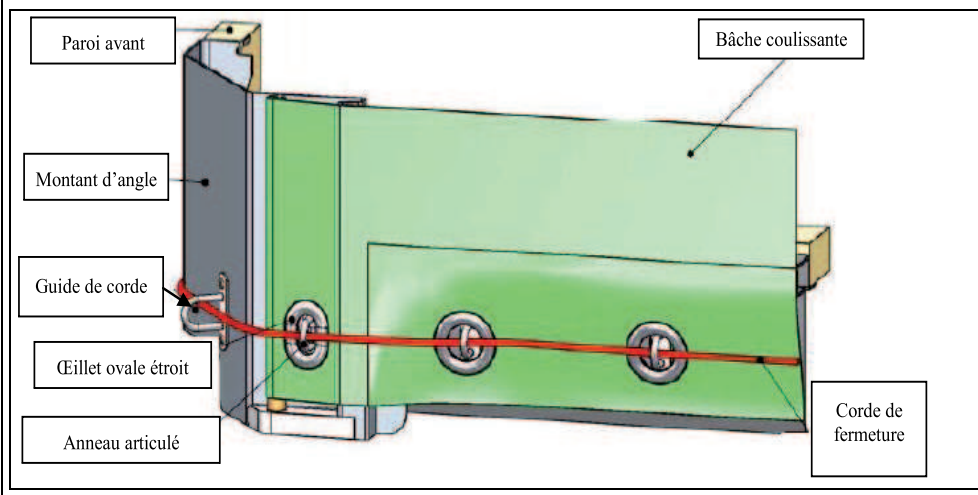
Croquis n° 9.5

Pour fixer la bâche coulissante de l'autre côté (habituellement à l'avant du véhicule), on peut utiliser les systèmes a) ou b) suivants.

a) Plaque métallique

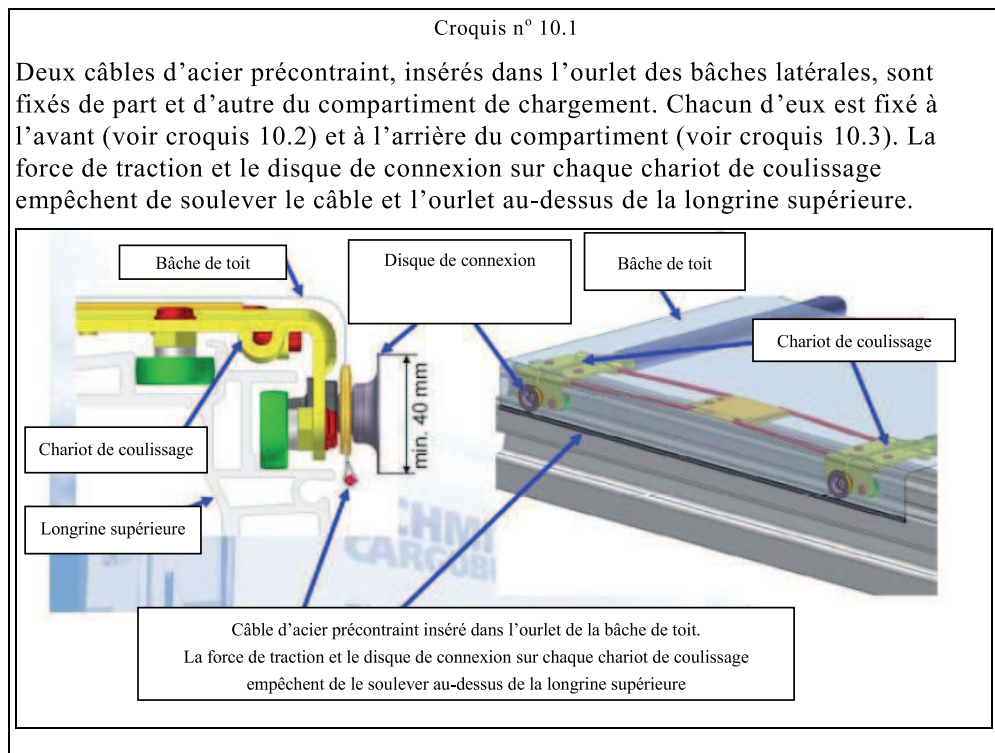
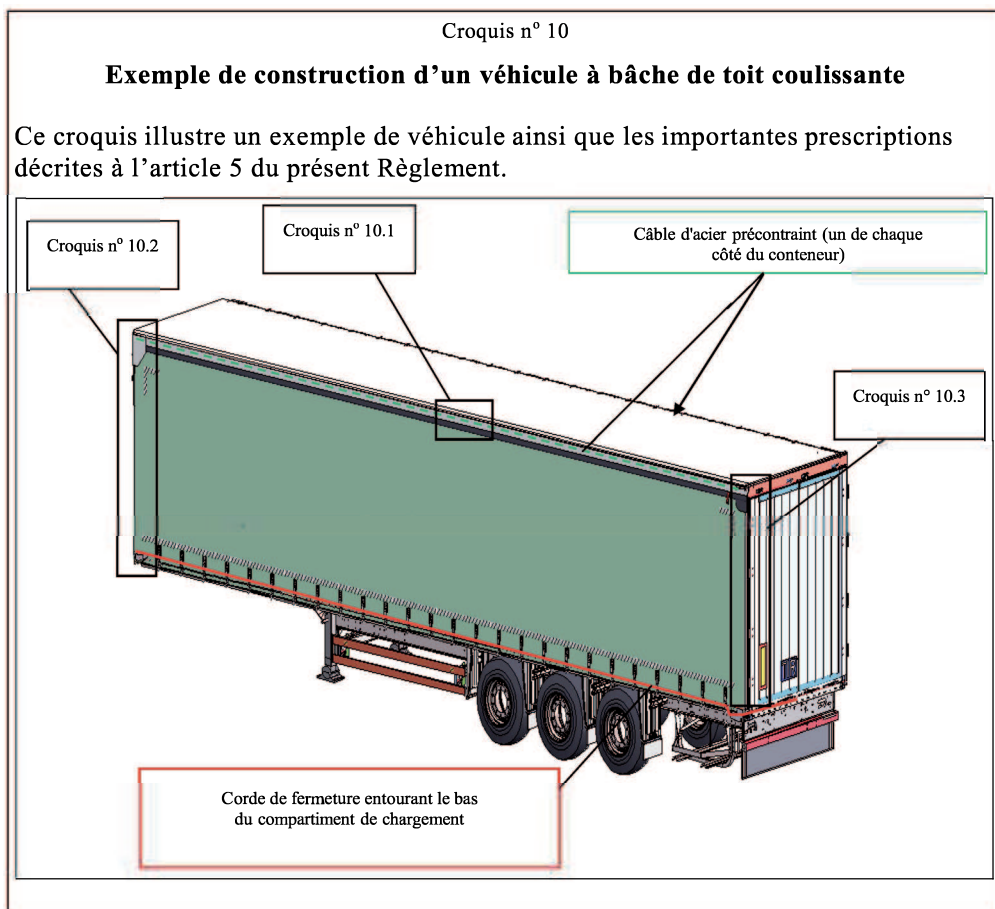


b) Œillet ovalaire étroit et système antilevage pour le tube de tension



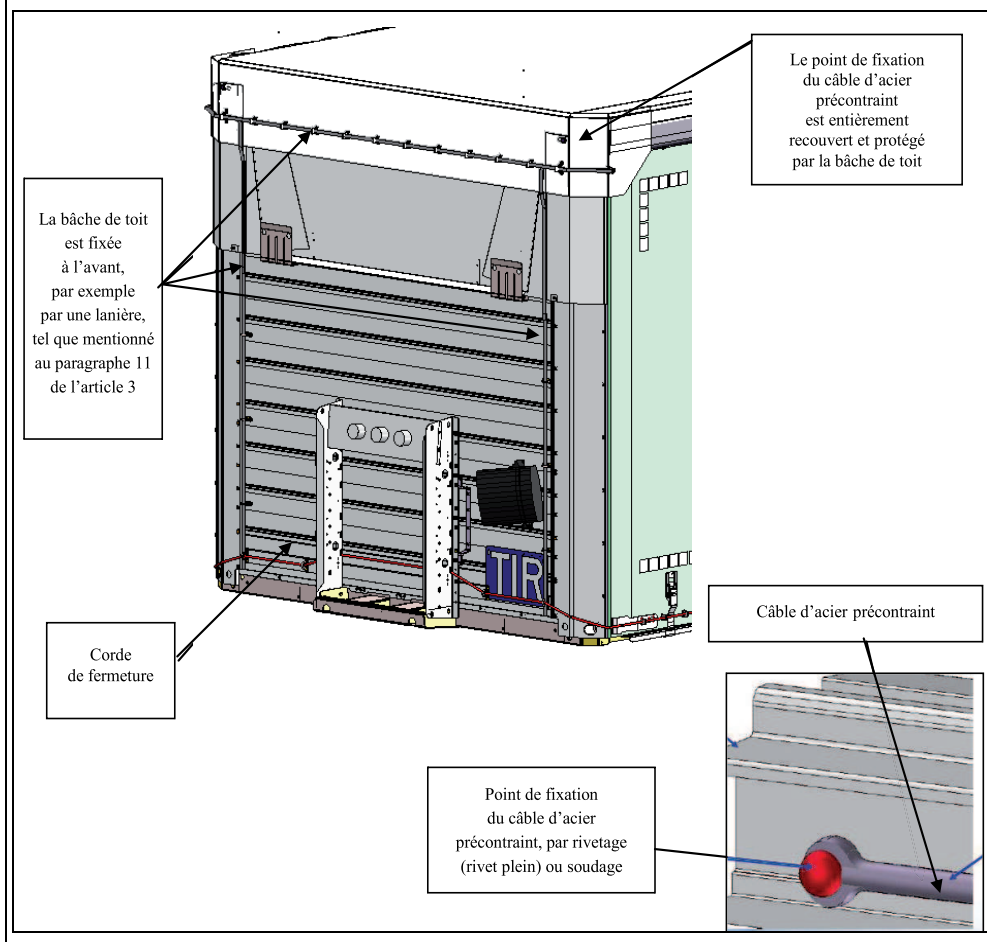
Annexe 2, nouveau croquis n° 10

Après le nouveau croquis n° 9, ajouter un nouveau croquis n° 10, ainsi conçu :



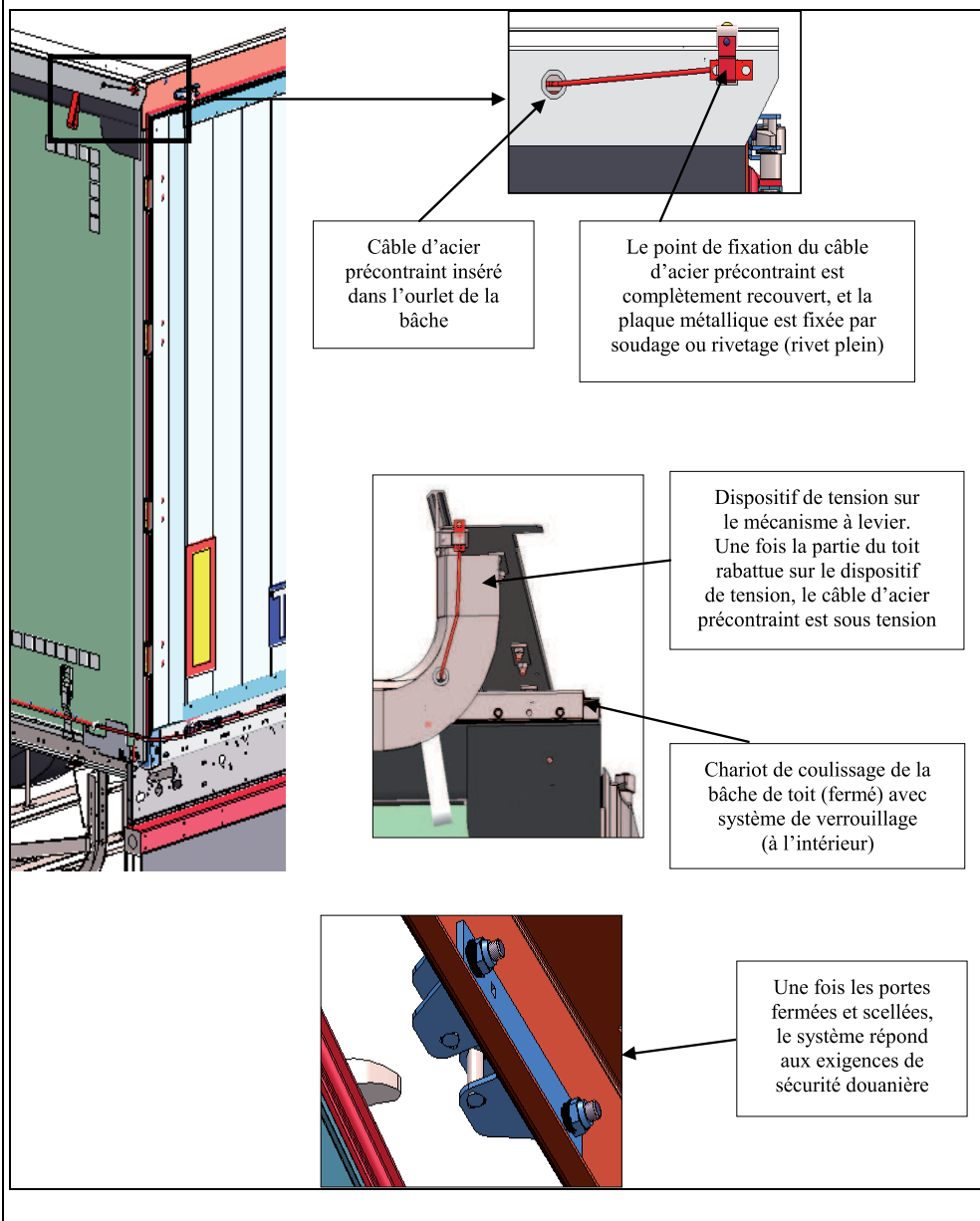
Croquis n° 10.2

La bâche de toit coulissante doit recouvrir la partie pleine du toit à l'avant du compartiment de chargement de telle manière qu'elle ne puisse être tirée par-dessus l'arête supérieure de la longrine supérieure.



Croquis n° 10.3

À l'arrière, un dispositif spécial, par exemple une plaque déflectrice, est monté sur le toit et empêche d'accéder au compartiment de chargement sans laisser de traces visibles une fois les portes fermées et scellées.

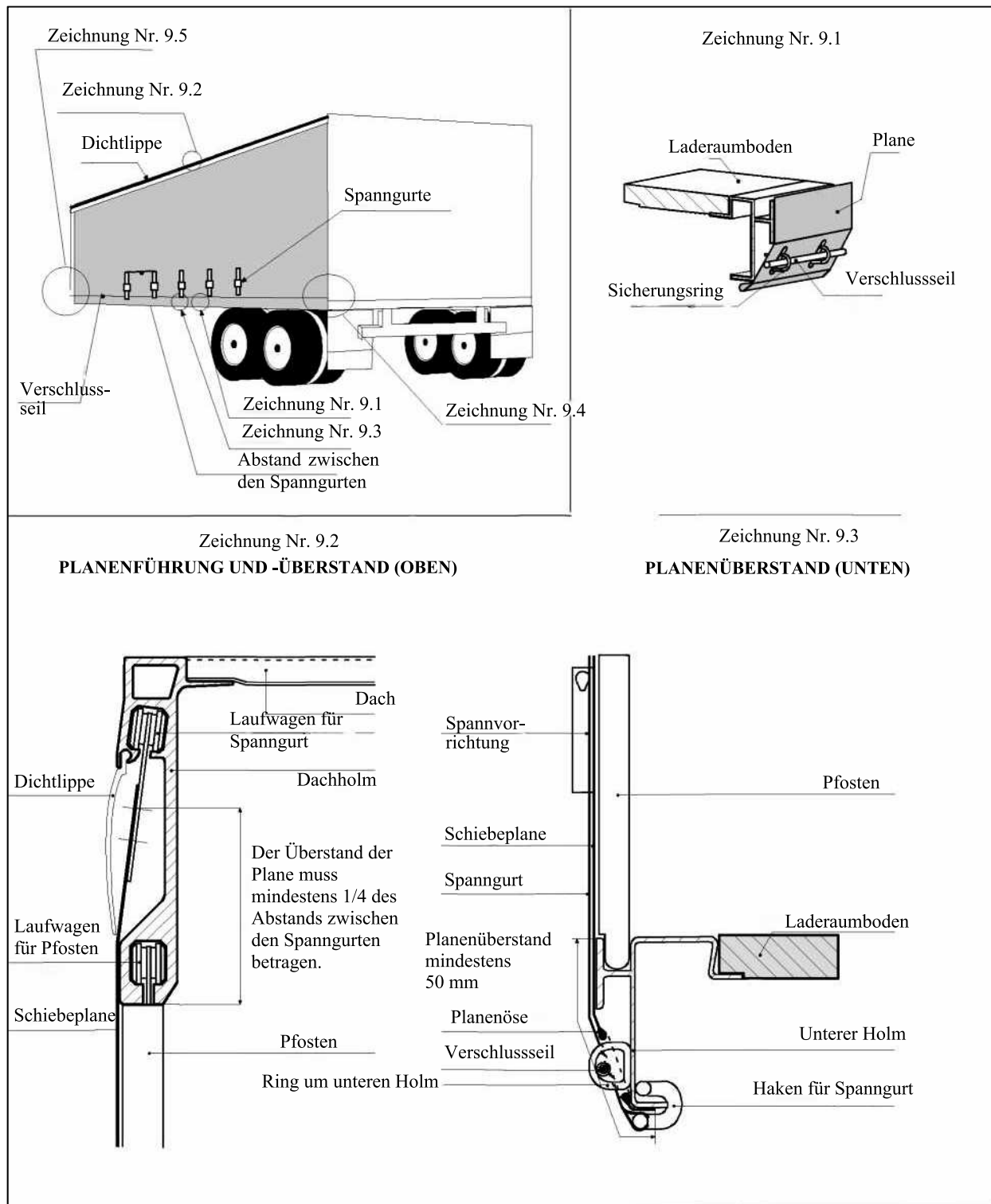


Anlage 2 neue Zeichnung Nr. 9

Die bisherige Zeichnung Nr. 9 wird durch folgende Zeichnung ersetzt:

Zeichnung Nr. 9

Beispiel für die Konstruktion eines Fahrzeugs mit Schiebeplanen

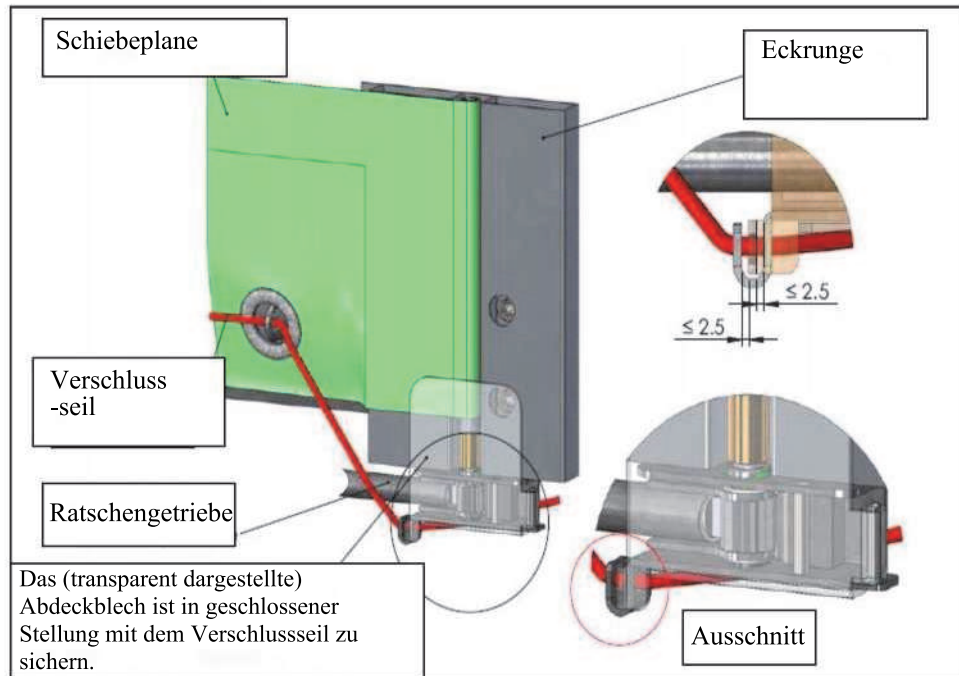


Zeichnung Nr. 9, Fortsetzung

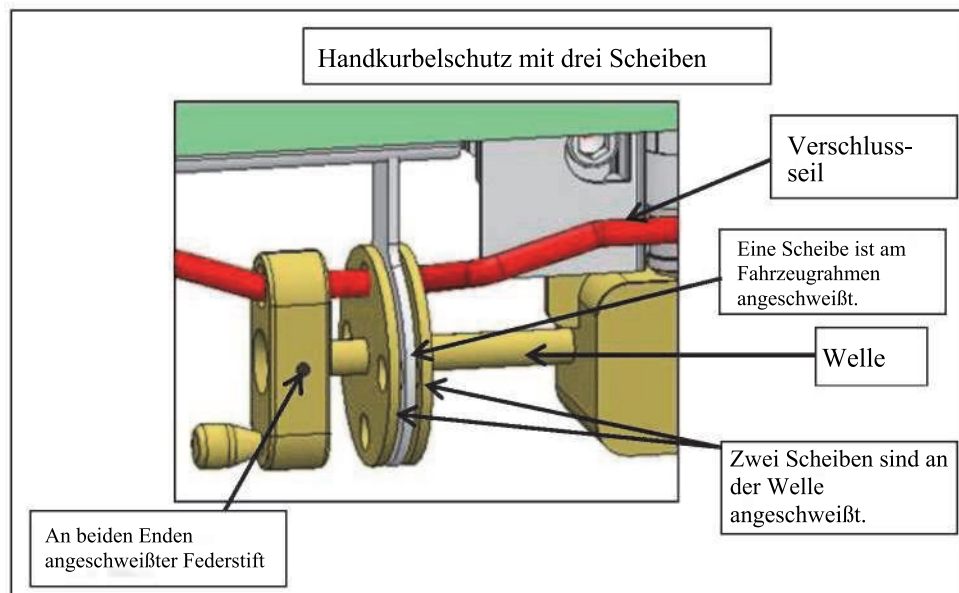
Zeichnung Nr. 9.4

Zur Spannung der Schiebeplanen in waagerechter Richtung dient ein Ratschengetriebe (üblicherweise am hinteren Ende des Fahrzeugs). Die Zeichnung veranschaulicht anhand der Beispiele a) und b), wie das Ratschengetriebe oder das Spanngetriebe gesichert werden können.

a) Sicherung des Ratschengetriebes



b) Sicherung des Spanngetriebes

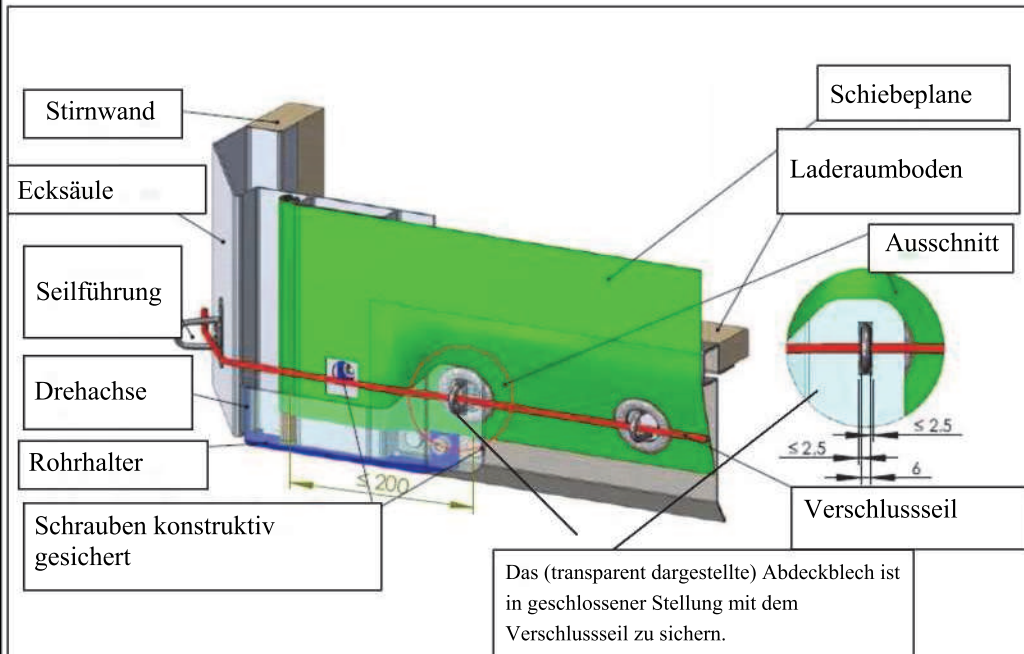


Zeichnung Nr. 9, Fortsetzung

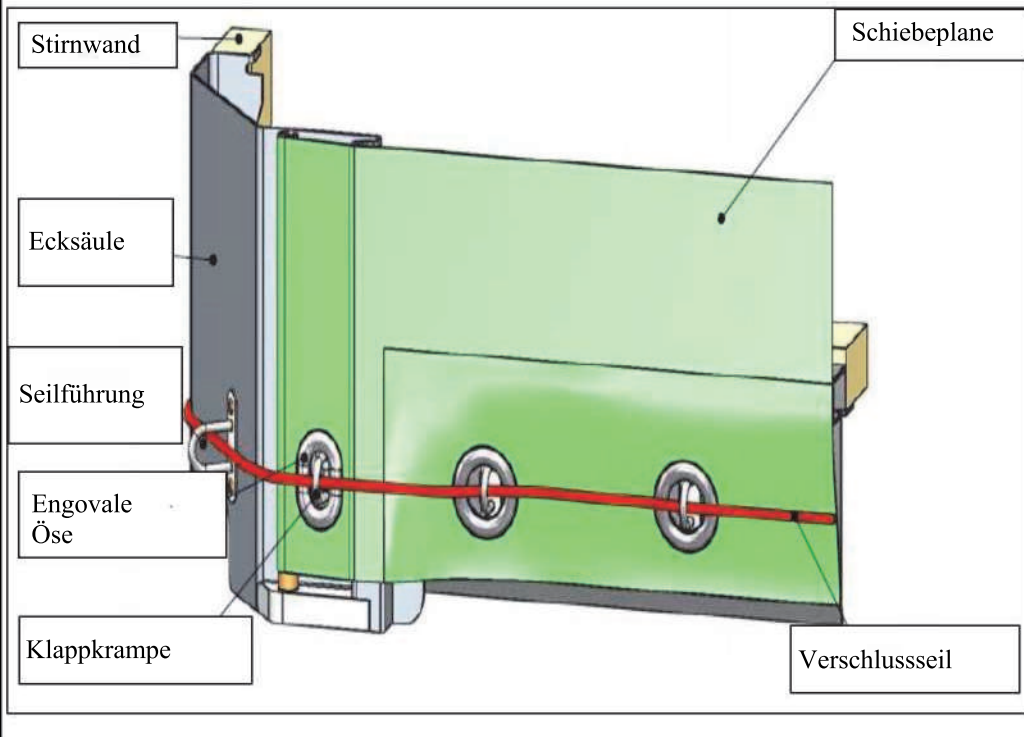
Zeichnung Nr. 9.5

Zur Sicherung der Schiebeplane auf der anderen Seite (in der Regel der Vorderseite des Fahrzeugs) können die folgenden Systeme a) und b) dienen.

a) Abdeckblech



b) Engovale Öse, System gegen Anheben für das Spannrühr



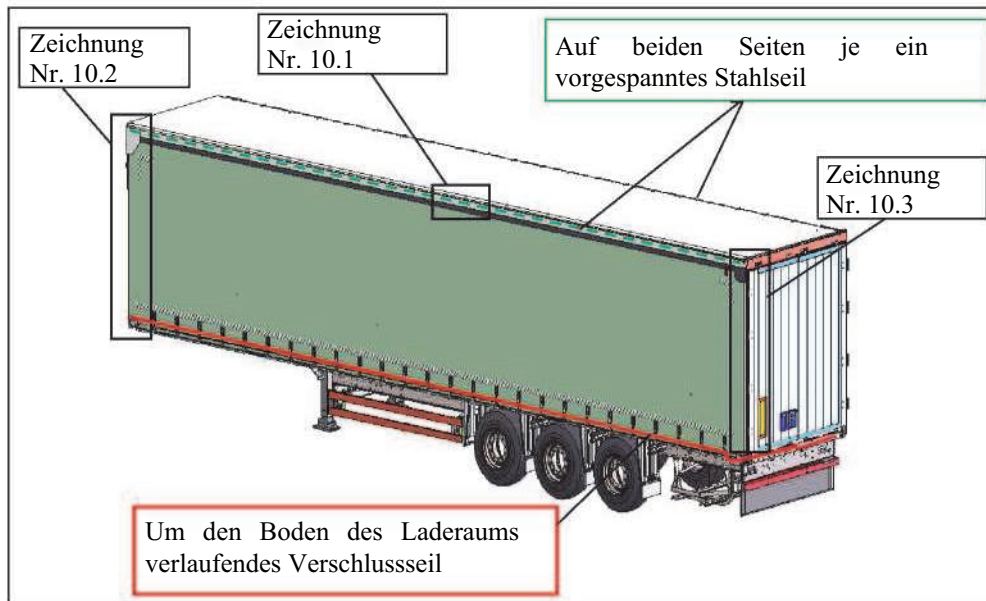
Anlage 2 neue Zeichnung Nr. 10

Nach der neuen Zeichnung Nr. 9 wird folgende neue Zeichnung eingefügt:

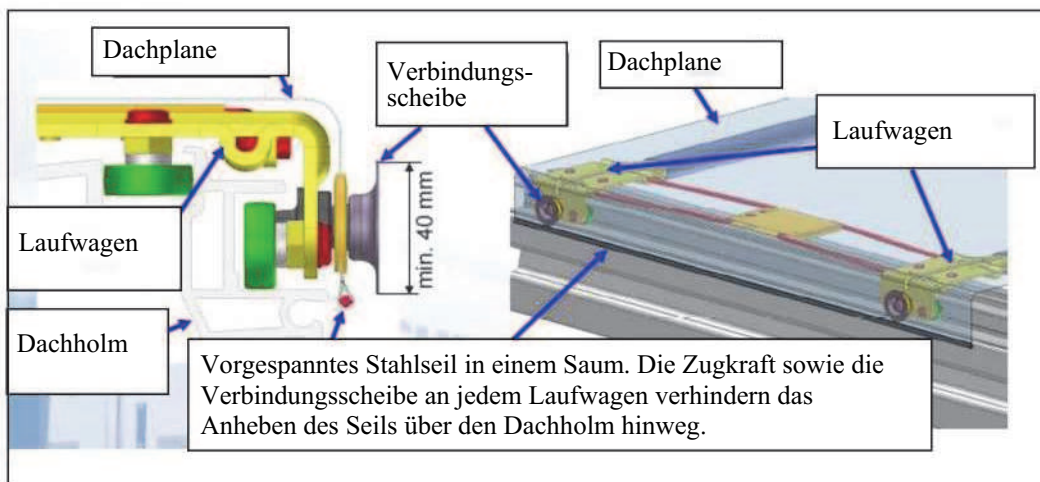
Zeichnung Nr. 10

Beispiel für die Konstruktion eines Fahrzeugs mit Schiebepanendach

Die Zeichnung veranschaulicht am Beispiel eines Fahrzeugs die wesentlichen Erfordernisse in Artikel 5 dieser Vorschriften.

Zeichnung Nr. 10.1

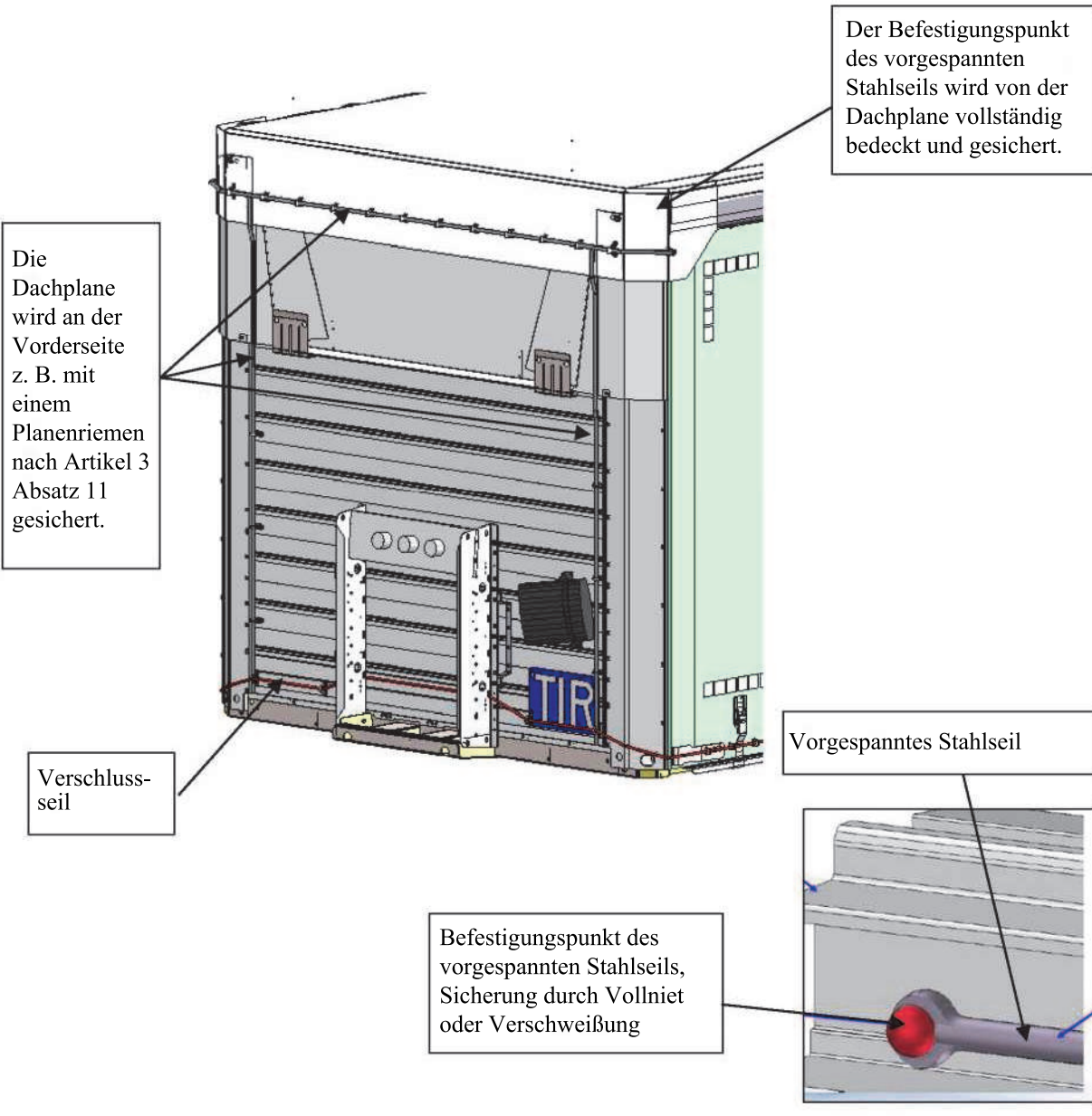
Auf jeder Laderaumseite ist je ein vorgespanntes, in einem Saum verlaufendes Stahlseil befestigt. Dieses vorgespannte Stahlseil wird vorne (siehe Zeichnung Nr. 10.2) und hinten (siehe Zeichnung Nr. 10.3) am Aufbau befestigt. Die Zugkraft und die Verbindungsscheibe an jedem Laufwagen verhindern das Anheben des Saums mit dem vorgespannten Stahlseil über den Dachholm hinweg.



Zeichnung Nr. 10, Fortsetzung

Zeichnung Nr. 10.2

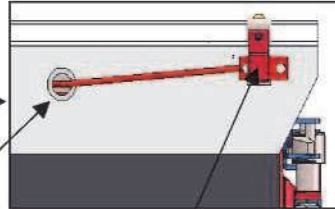
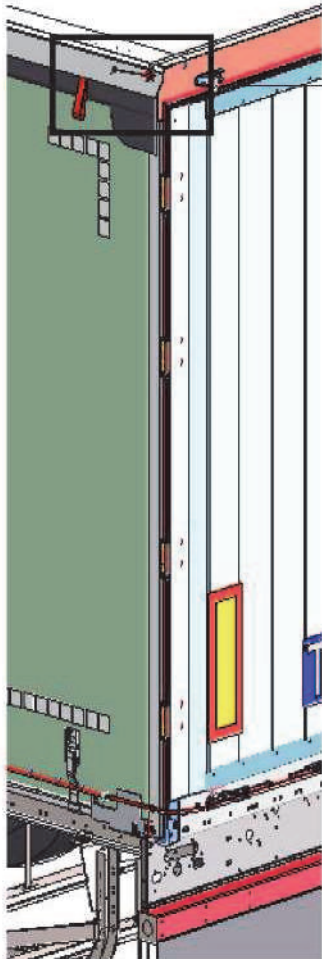
Die Dachschiebeplane muss den festen Teil des Daches an der Vorderseite des Laderaums so überdecken, dass die Dachplane nicht über die Oberkante des Dachholms hinweggezogen werden kann.



Zeichnung Nr. 10, Fortsetzung

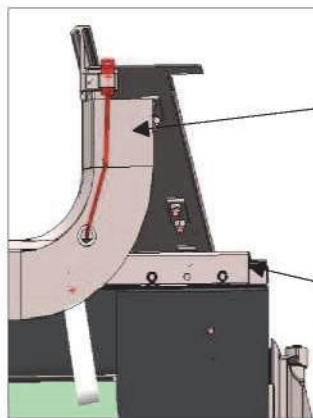
Zeichnung Nr. 10.3

Am hinteren Ende wird eine besondere Vorrichtung, z. B. eine Abschlussplatte, am Dach angebracht, um den Zugang zum Laderaum ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren zu verhindern, wenn die Türen geschlossen und versiegelt worden sind.



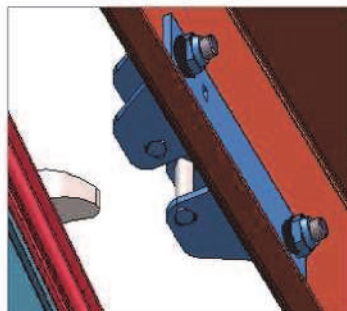
Vorgespanntes
Stahlseil tritt in einen
Saum ein.

Der Befestigungspunkt des
vorgespannten Stahlseils
ist vollständig abgedeckt
und das Abdeckblech ist
durch Verschweißung oder
Vollniet gesichert.



Spannvorrichtung an der
Hebelmechanik. Durch
Herunterklappen des Dachteils
mit der Spannvorrichtung wird das
vorgespannte Stahlseil gespannt.

Laufwagen der Dachplane
(geschlossen) mit
Verriegelungssystem (innen)



Durch Schließen und
Versiegeln der Türen
werden die Systeme
zollsicher.

Annex 7, Part I, Article 5, paragraph 2, (i)

For the existing text substitute

- (i) The sliding sheets, floor, doors and all other constituent parts of the container shall be assembled either by means of devices which cannot be removed and replaced from the outside without leaving obvious traces, or by such methods as will produce a structure which cannot be modified without leaving obvious traces.

Annexe 7, première partie, article 5, paragraphe 2, alinéa i)

Modifier comme suit :

- « i) Les bâches coulissantes, plancher, portes et tous autres éléments constitutifs du conteneur doivent être assemblés soit au moyen de dispositifs ne pouvant être enlevés et remis en place de l'extérieur sans laisser de traces visibles, soit selon des méthodes ayant pour effet de constituer un ensemble ne pouvant être modifié sans laisser de traces visibles. ».

Anlage 7 Teil I Artikel 5 Absatz 2 Ziffer i

Der bisherige Wortlaut ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

- i) Schiebeplanen, Boden, Türen und alle anderen Bestandteile des Behälters müssen entweder durch Vorrichtungen, die von außen nicht entfernt und wieder angebracht werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, oder durch eine Konstruktion, die ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht verändert werden kann, zusammengefügt sein.

Annex 7, Part I, Article 5, paragraph 2, (iii)

For the existing text substitute

- (iii) The sliding sheet guidance, sliding sheet tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that when closed, and Customs sealed, doors and other movable parts cannot be opened or closed from the outside without leaving obvious traces. The sliding sheet guidance, sliding sheet tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that it is impossible to gain access to the container without leaving obvious traces once the closing devices has been secured. An example of such a system of construction is given in sketch No. 9 appended to these Regulations.

Annexe 7, première partie, article 5, paragraphe 2, alinéa iii)

Modifier comme suit :

- « iii) Le système de guidage et les dispositifs de tension des bâches coulissantes ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de telle manière qu'on ne puisse ouvrir ni fermer de l'extérieur sans laisser de traces visibles les portes et autres parties mobiles une fois celles-ci fermées et scellées pour la douane. Le système de guidage et les dispositifs de tension des bâches coulissantes ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de telle manière qu'il soit impossible d'accéder au conteneur sans laisser de traces visibles une fois que les dispositifs de fermeture ont été scellés. Le croquis n° 9 figurant en appendice au présent Règlement illustre un exemple d'un tel système de construction. ».

Anlage 7 Teil I Artikel 5 Absatz 2 Ziffer iii

Der bisherige Wortlaut ist durch folgenden Wortlaut zu ersetzen:

- iii) Die Führung der Schiebeplane, die Schiebeplanenspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass, wenn sie verschlossen und zollamtlich versiegelt sind, Türen und andere bewegliche Teile nicht ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren von außen geöffnet oder geschlossen werden können. Die Führung der Schiebeplane, die Schiebeplanenspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass der Zugang zum Behälter nach Sicherung der Verschlussvorrichtungen ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht möglich ist. Ein Beispiel für eine solche Konstruktion ist in der diesen Vorschriften beigefügten Zeichnung Nr. 9 dargestellt.

Annex 7, Part I, new Article 6

After the modified Article 5 insert

Article 6

Containers with a sheeted sliding roof

1. Where applicable, the provisions of Articles 1, 2, 3, 4 and 5 of these Regulations shall apply to containers with a sheeted sliding roof. In addition, these containers shall conform to the provisions of this Article.

2. The sheeted sliding roof shall fulfil the requirements set out in (i) to (iii) below.

- (i) The sheeted sliding roof shall be assembled either by means of devices which cannot be removed and replaced from the outside without leaving obvious traces, or by such methods as will produce a structure which cannot be modified without leaving obvious traces.
- (ii) The sliding roof sheet shall overlap with the solid part of the roof at the front side of the container, so that the roof sheet

Annexe 7, première partie, nouvel article 6

Après l'article 5 modifié, ajouter un nouvel article 6, libellé comme suit :

« Article 6

Conteneurs à bâche de toit coulissante

1. Lorsqu'il y a lieu, les dispositions des articles 1, 2, 3, 4 et 5 du présent Règlement s'appliquent aux conteneurs à bâche de toit coulissante. En outre, ces conteneurs doivent être conformes aux dispositions du présent article.

2. La bâche de toit coulissante doit être conforme aux prescriptions des alinéas i) à iii) ci-après :

- i) La bâche de toit coulissante doit être assemblée soit au moyen de dispositifs ne pouvant être enlevés et remis en place de l'extérieur sans laisser de traces visibles, soit par des méthodes ayant pour effet de constituer un ensemble ne pouvant être modifié sans laisser de traces visibles.
- ii) La bâche de toit coulissante doit recouvrir la partie pleine du toit à l'avant du conteneur de telle manière qu'elle ne

Anlage 7 Teil I neuer Artikel 6

Nach dem geänderten Artikel 5 wird folgender neue Artikel angefügt:

Artikel 6

Behälter mit einem Schiebeplanendach

(1) Die Artikel 1, 2, 3, 4 und 5 gelten auch für Behälter mit Schiebeplanendach, soweit sie darauf anwendbar sind. Außerdem müssen diese Behälter den Bestimmungen dieses Artikels entsprechen.

(2) Das Schiebeplanendach muss den Erfordernissen der Ziffern i bis iii entsprechen.

- i) Das Schiebeplanendach muss entweder durch Vorrichtungen, die von außen nicht entfernt und wieder angebracht werden können, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen, oder durch eine Konstruktion, die ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht verändert werden kann, zusammengefügt sein.

- ii) Die Dachschiebeplane muss den festen Teil des Daches an der Behältervorderseite so überdecken, dass die Dachpla-

cannot be pulled over the top edge of the upper cantrail. In the length of the container, at both sides, in the hem of the roof sheet, a pre-stressed steel cable shall be inserted in such a way that it cannot be removed and re-inserted without leaving obvious traces. The roof sheet shall be secured to the sliding carriage in such a way that it cannot be removed and re-secured without leaving obvious traces.

- (iii) The sliding roof guidance, the sliding roof tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that when closed, and Customs sealed, doors, roof and other movable parts cannot be opened or closed from the outside without leaving obvious traces. The sliding roof guidance, sliding roof tension devices and other movable parts shall be assembled in such a way that it is impossible to gain access to the container without leaving obvious traces once the closing devices have been secured.

An example of a possible system of construction is shown in sketch No. 10, appended to these Regulations.

puisse être tirée par-dessus l'arête supérieure de la longrine supérieure. Dans la longueur du conteneur, des deux côtés, un câble en acier précontraint doit être inséré dans l'ourlet de la bâche de toit de telle manière qu'on ne puisse le retirer et le réinsérer sans laisser de traces visibles. La bâche de toit doit être fixée au chariot de coulissage de telle manière qu'on ne puisse la retirer et la fixer de nouveau sans laisser de traces visibles.

- iii) Le système de guidage et les dispositifs de tension de la bâche de toit coulissante ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de manière qu'on ne puisse ouvrir ni fermer de l'extérieur les portes, le toit et les autres parties mobiles sans laisser de traces visibles une fois qu'ils sont fermés et scellés pour la douane. Le système de guidage et les dispositifs de tension de la bâche de toit coulissante ainsi que les autres parties mobiles doivent être assemblés de telle manière que, une fois que les dispositifs de fermeture ont été scellés, il soit impossible d'accéder au conteneur sans laisser de traces visibles.

Le croquis n° 10 figurant en appendice au présent Règlement illustre un exemple possible d'un tel système de construction. ».

ne nicht über die Oberkante des Dachholms gezogen werden kann. An beiden Längsseiten des Behälters ist in den Saum der Dachplane ein vorgespanntes Stahlseil derart einzuführen, dass es nicht entfernt und wieder eingeführt werden kann, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen. Die Dachplane muss so am Laufapparat gesichert werden, dass sie nicht entfernt und wieder gesichert werden kann, ohne sichtbare Spuren zu hinterlassen.

- iii) Die Führung des Schiebeplanendachs, die Schiebeplanenspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass, wenn sie verschlossen und zollamtlich versiegelt sind, Türen, Dach und andere bewegliche Teile nicht ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren von außen geöffnet oder geschlossen werden können. Die Führung des Schiebeplanendachs, die Schiebeplanenspannvorrichtungen und andere bewegliche Teile müssen so zusammengefügt sein, dass der Zugang zum Behälter nach Sicherung der Verschlussvorrichtungen ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren nicht möglich ist.

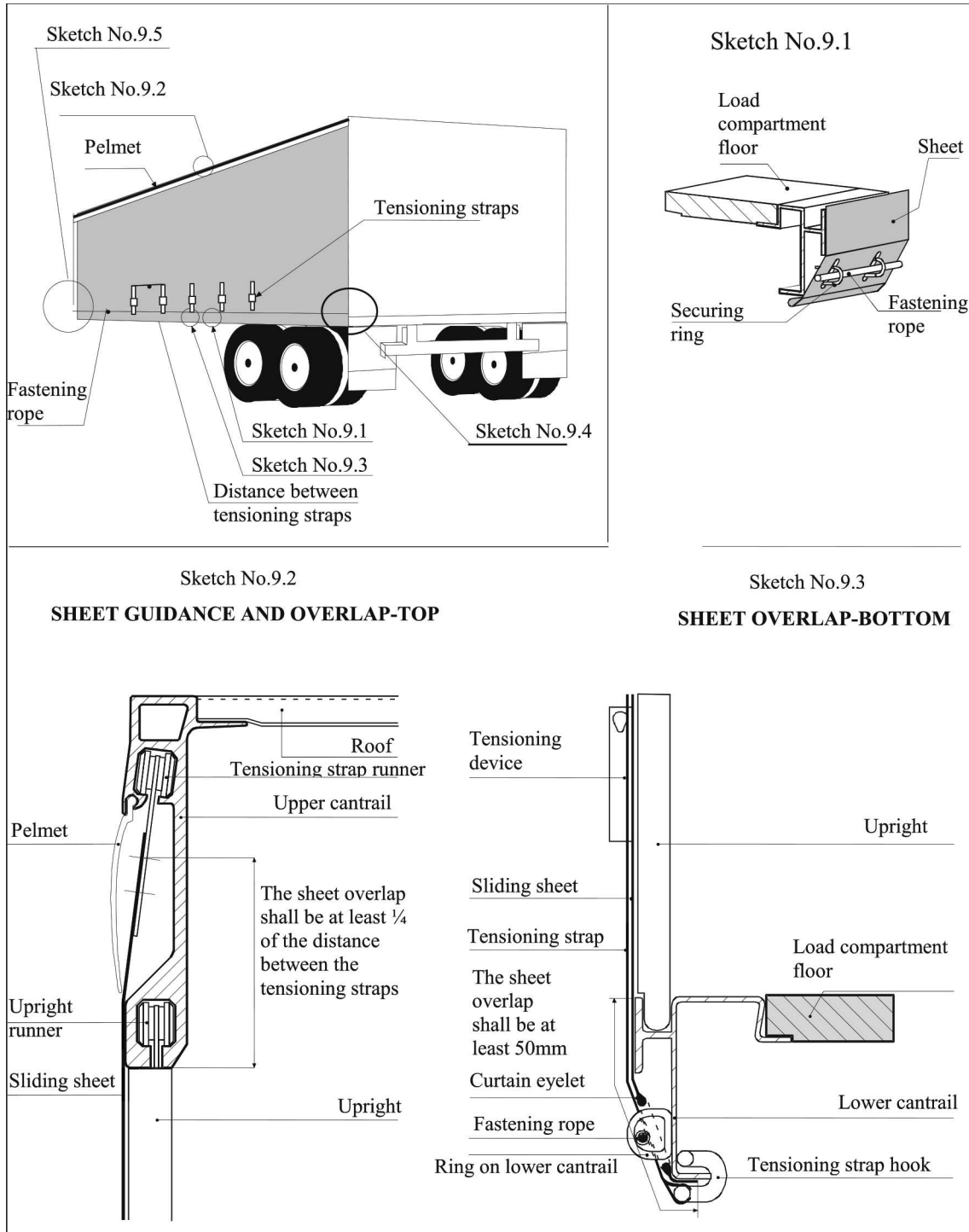
Ein Beispiel für eine mögliche Konstruktion ist in der diesen Vorschriften beigelegten Zeichnung Nr. 10 dargestellt.

Annex 7, Part I, Sketch No. 9

For the existing Sketch No. 9 substitute

Sketch No. 9

Example of a construction of a container with sliding sheets

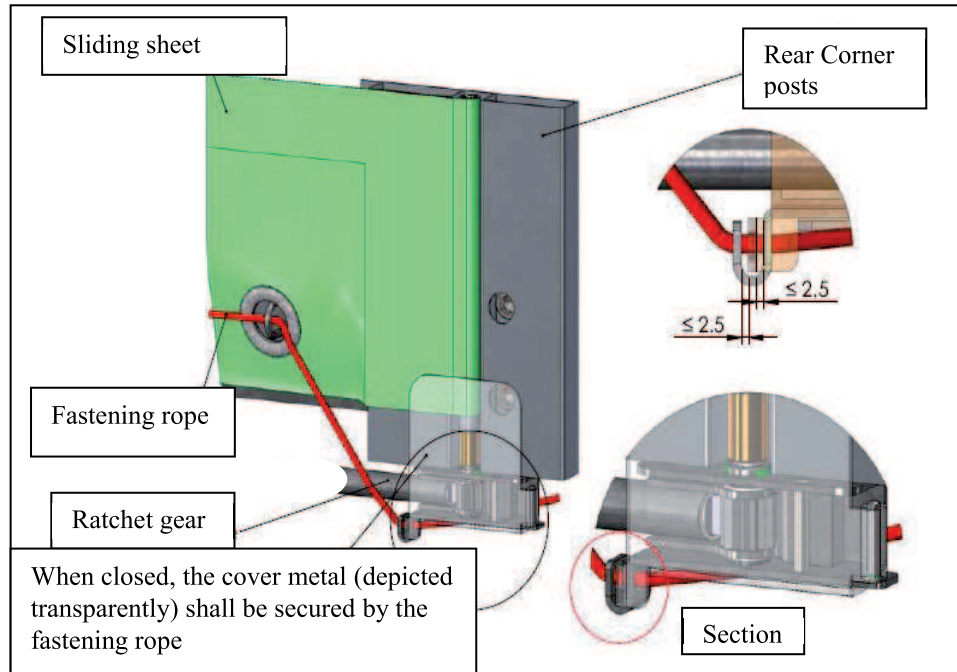


Sketch No. 9 continued

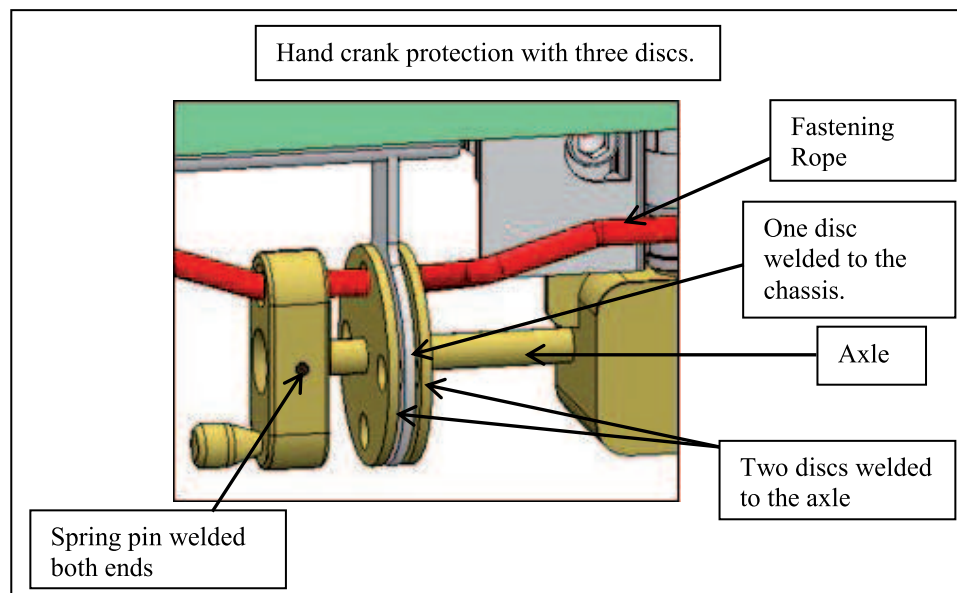
Sketch No. 9.4

To tighten the sliding sheets in the horizontal direction, a ratchet gear is used (normally at the rear end of the container). This sketch shows two examples, (a) and (b), of how the ratchet or gearbox may be secured.

(a) Ratchet securing



(b) Gearbox securing

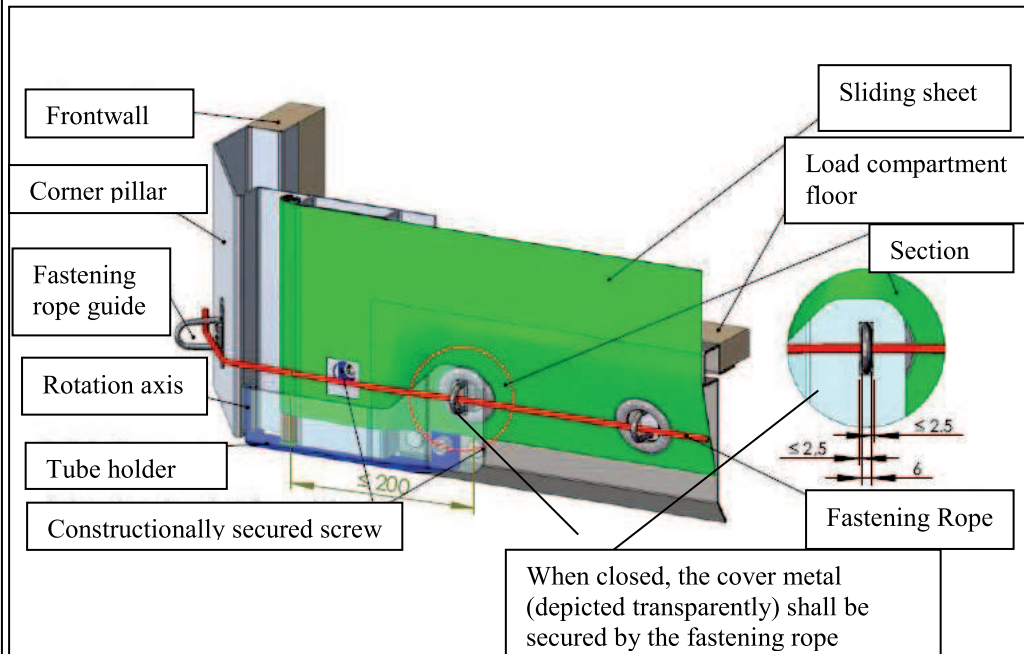


Sketch No. 9 continued

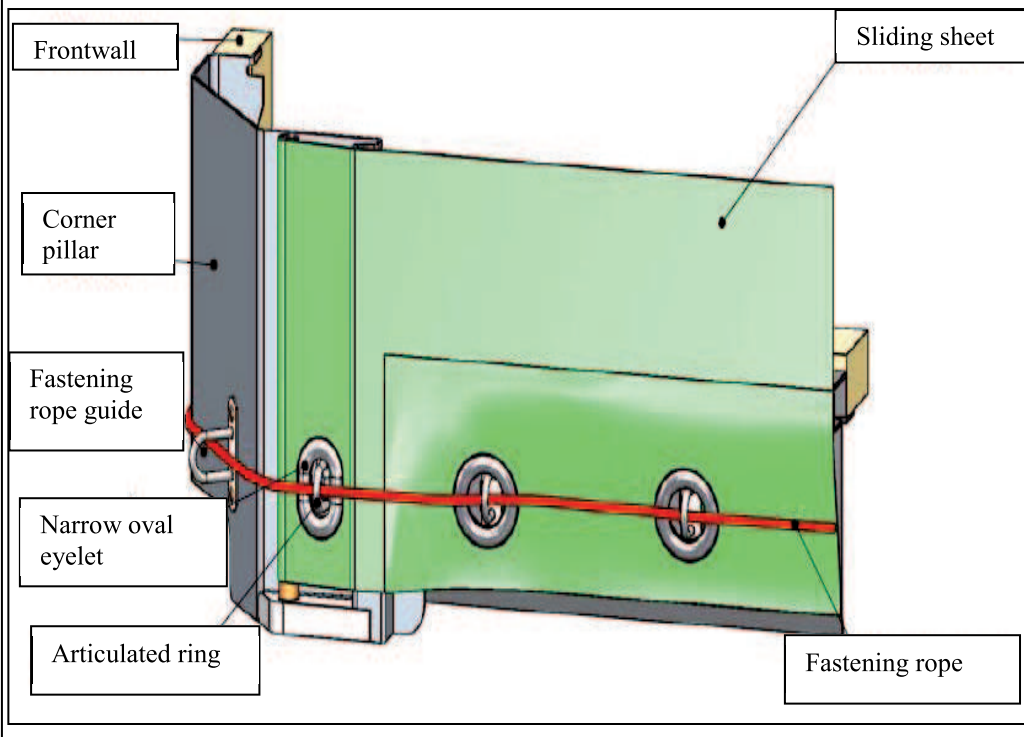
Sketch No. 9.5

To fix the sliding sheet on the other side (normally the front of the container), the following systems, (a) or (b), may be used.

(a) Cover metal



(b) Narrow oval eyelet, anti-lifting system for the tensioning tube



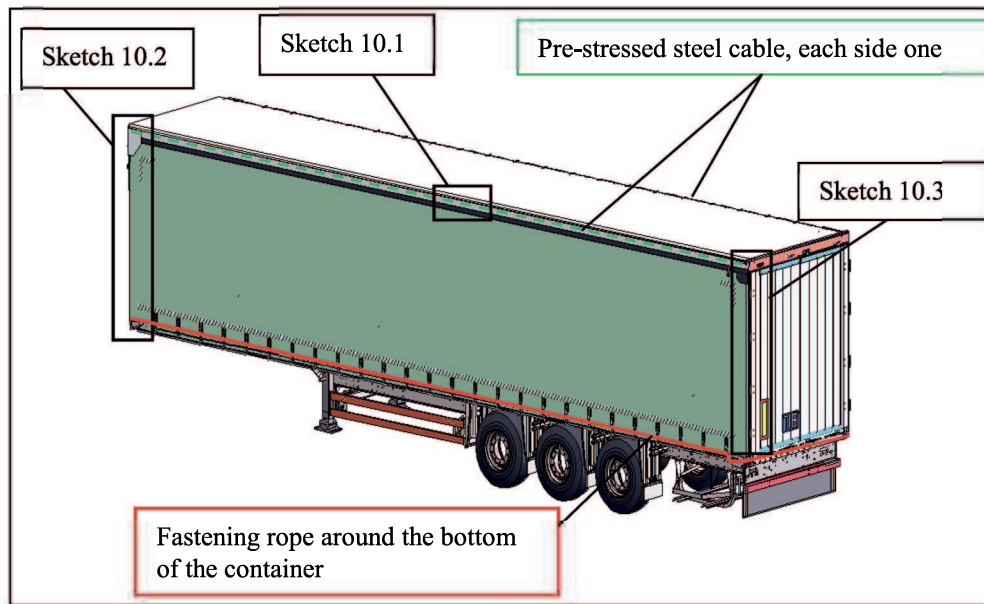
Annex 7, Part I, new Sketch No. 10

After new Sketch No. 9 insert

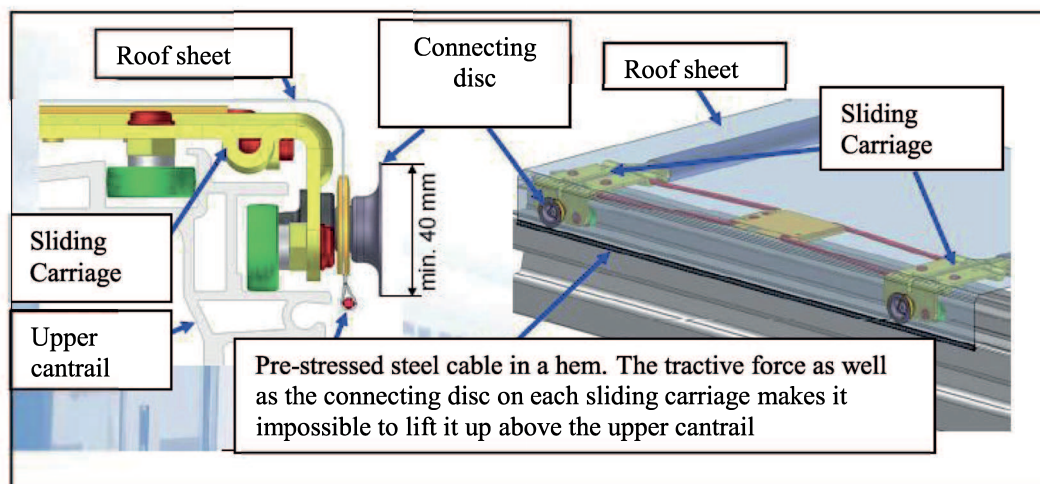
Sketch No. 10

Example of a construction of a container with a sheeted sliding roof

This sketch shows an example of a container and the important requirements described in Article 6 of these Regulations.

**Sketch No. 10.1**

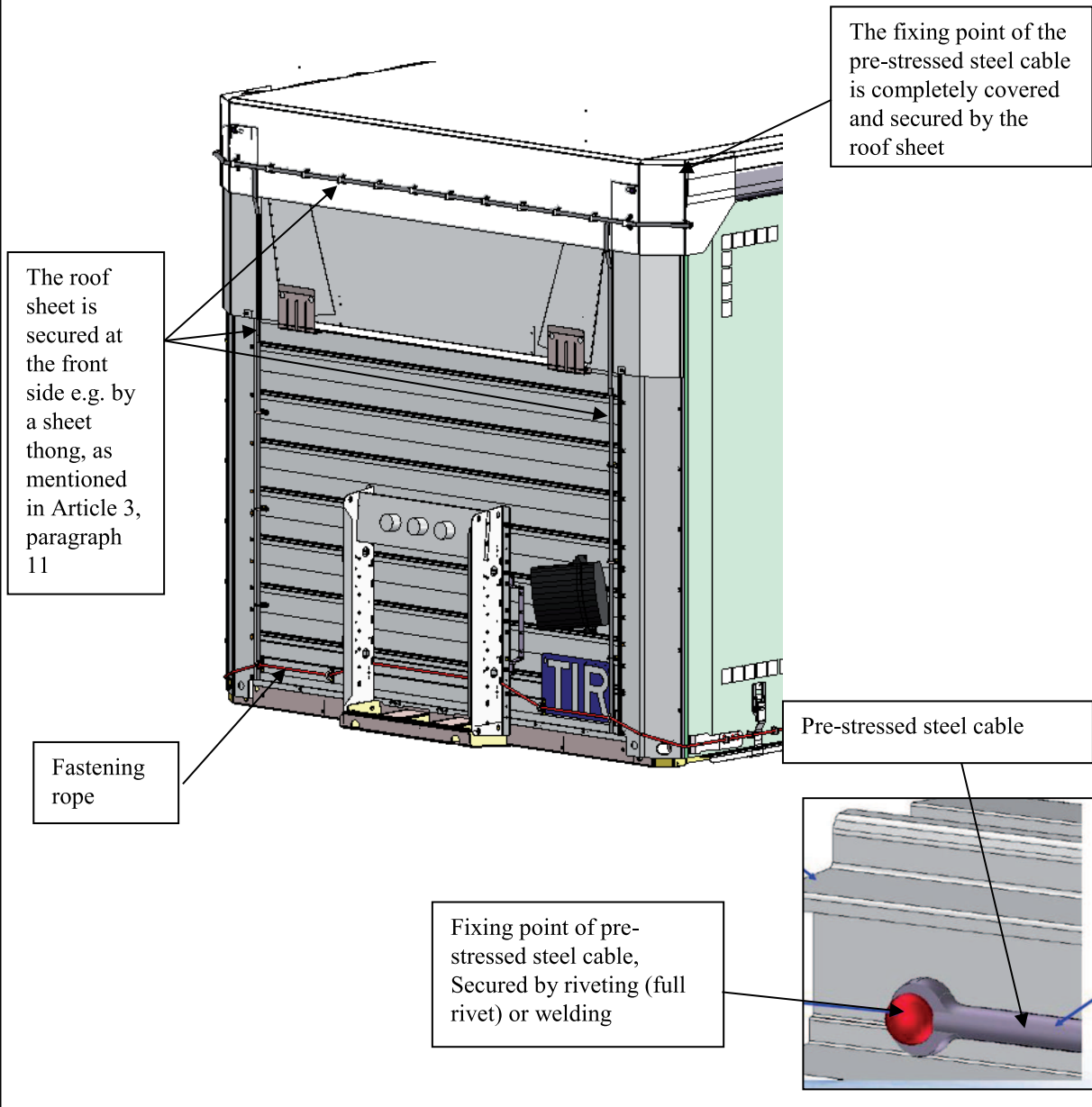
Two pre-stressed steel cables, embedded in a hem, are fixed on each side of the container. This pre-stressed steel cable is fixed to the front (see sketch 10.2) and rear of the body (see sketch 10.3). The tractive force as well as the connecting disc on each sliding carriage makes it impossible to lift up the hem with the pre-stressed steel cable above the upper cantrail.



Sketch No. 10 continued

Sketch No.10.2

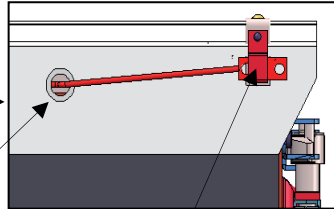
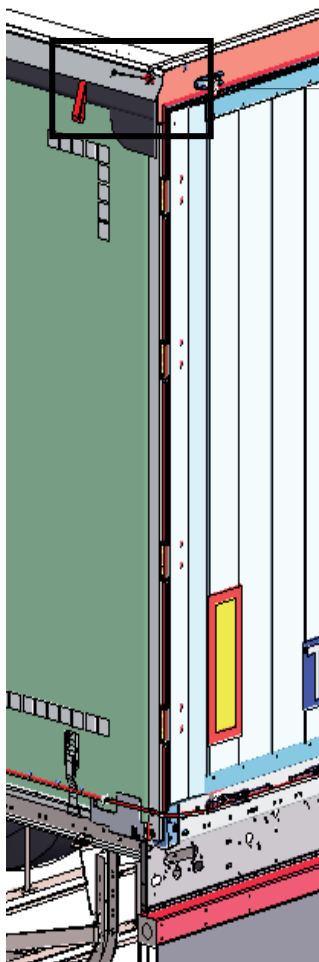
The sliding roof sheet shall overlap with the solid part of the roof at the front side of the container, so that the roof sheet cannot be pulled over the top edge of the upper cantrail



Sketch No. 10 continued

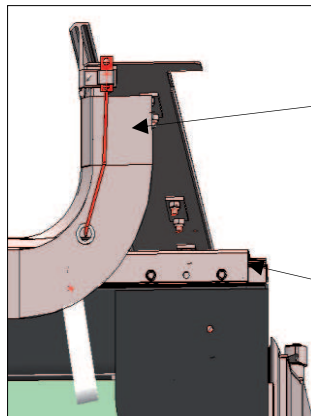
Sketch No.10.3

At the rear, a special device, such as a baffle plate, is fitted to the roof, preventing access to the container, without leaving obvious traces when the doors are closed and sealed.



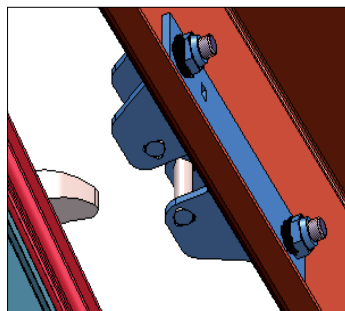
Pre-stressed cable goes in a hem

The fixing point of the pre-stressed steel cable is completely covered, and the metal cover is secured by welding or riveting (full rivet)



Tensioning device on the lever mechanism. By folding down the part of the roof with the tensioning device, the pre-stressed steel cable will be under tension

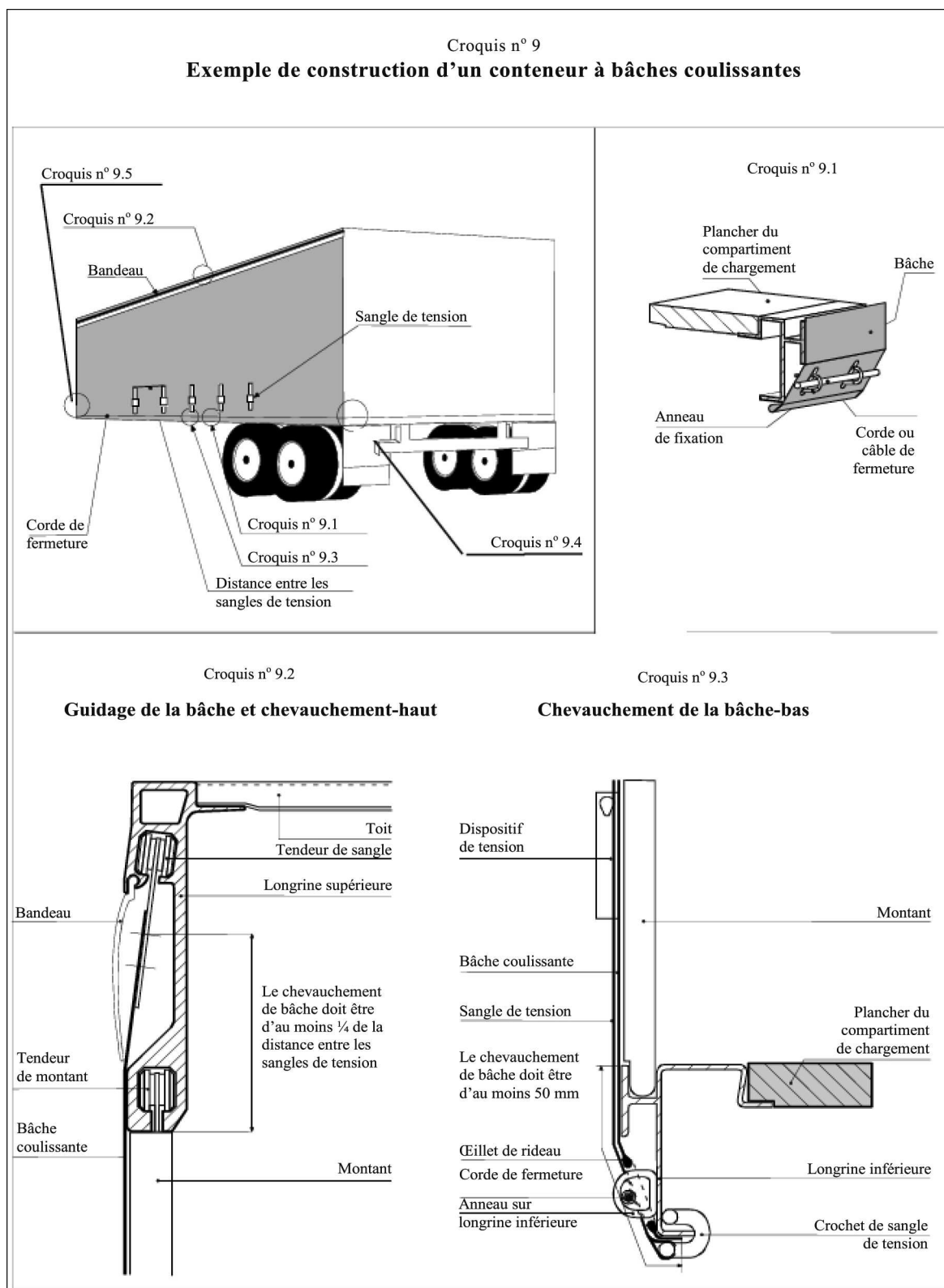
Sliding carriage from the roof sheet (closed) with lock system (inside)



By closing and sealing the doors, the systems are customs secure.

Annexe 7, première partie, nouveau croquis n° 9

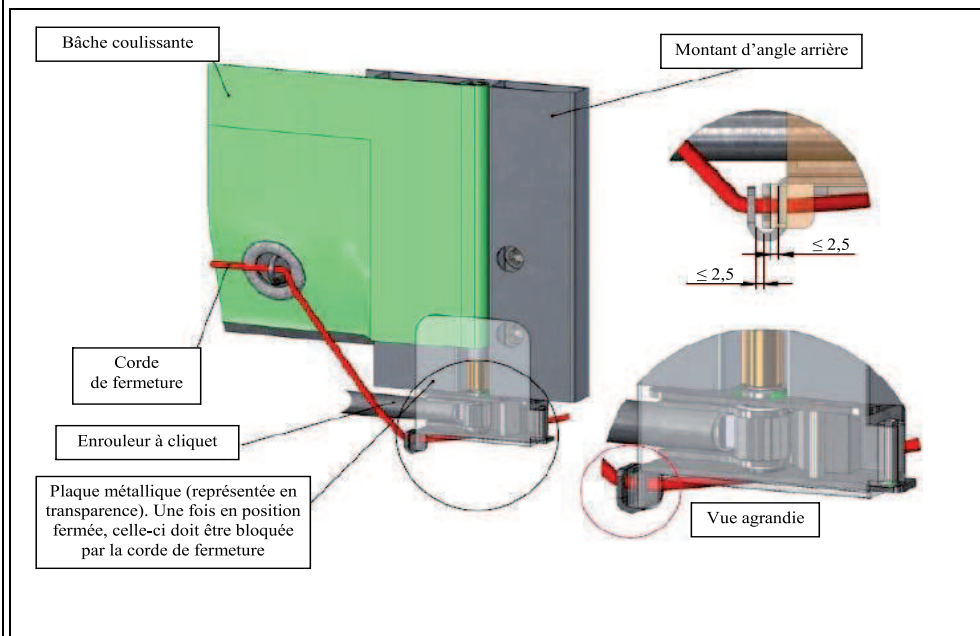
Remplacer le croquis n° 9 par le suivant :



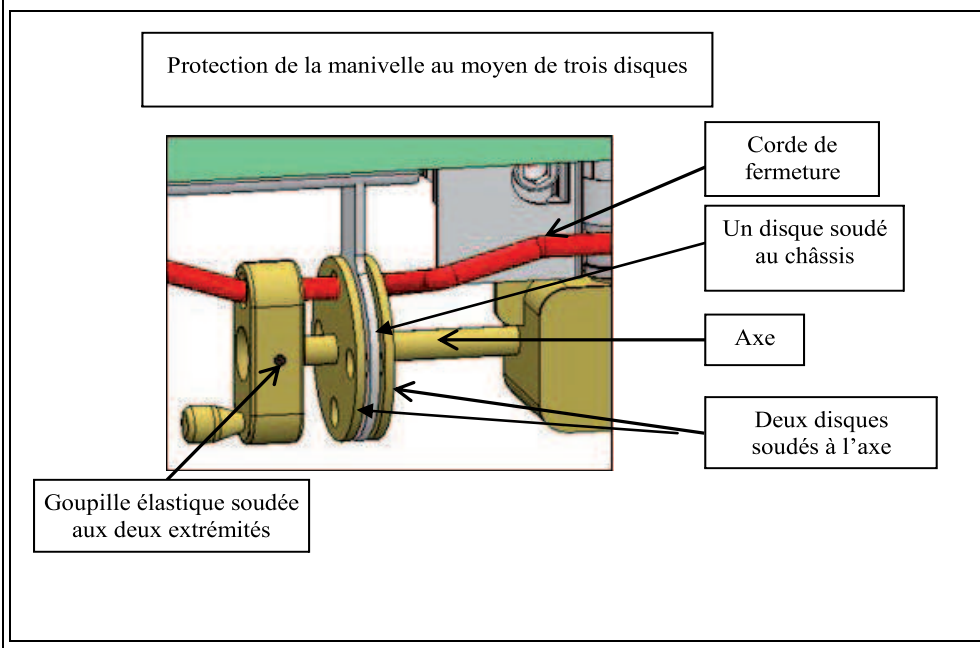
Croquis n° 9.4

Pour tendre la bâche coulissante horizontalement, on utilise un enrouleur à cliquet (habituellement à l'arrière du conteneur). Le présent croquis donne deux exemples a) et b) de la manière de verrouiller l'enrouleur à cliquet ou le tendeur à réducteur.

a) Verrouillage de l'enrouleur à cliquet



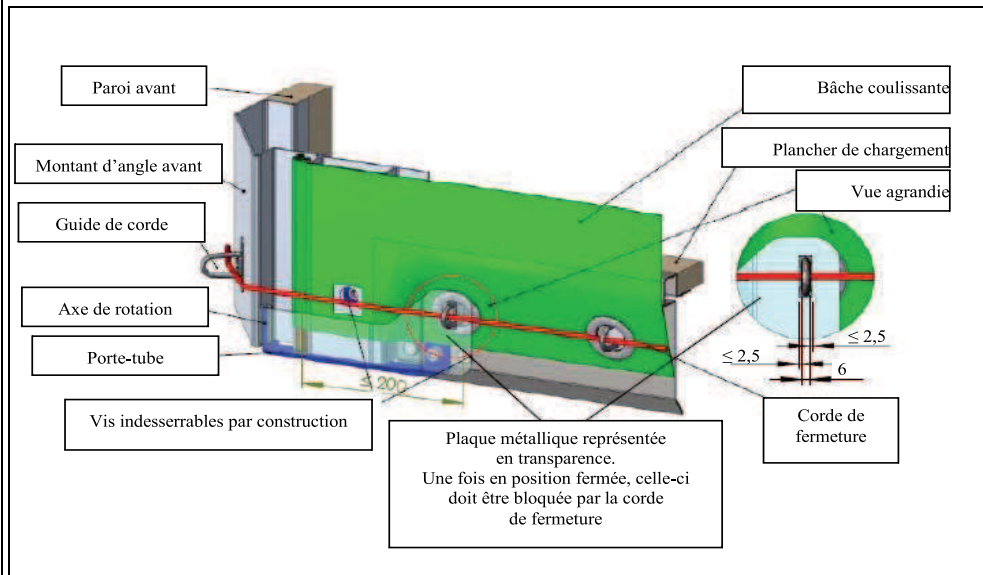
b) Verrouillage du tendeur à réducteur



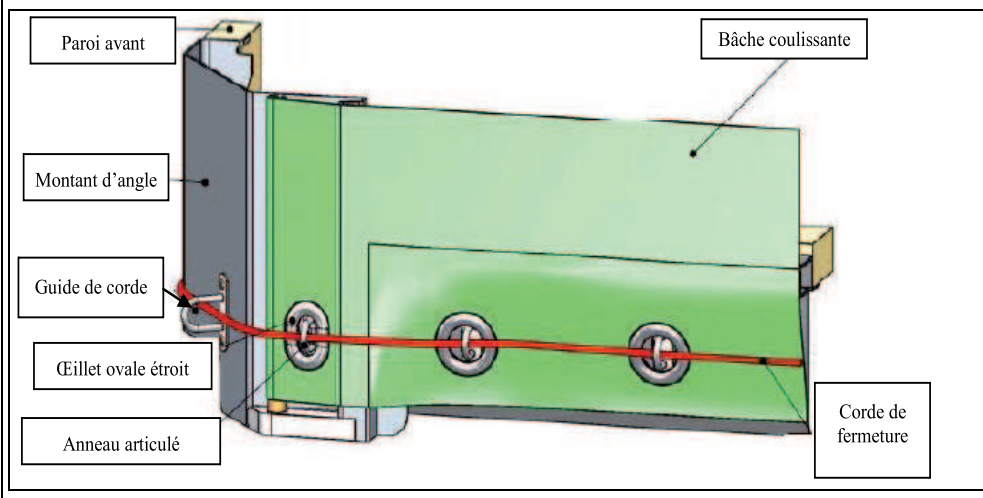
Croquis n° 9.5

Pour fixer la bâche coulissante de l'autre côté (habituellement à l'avant du véhicule), on peut utiliser les systèmes a) ou b) suivants.

a) Plaque métallique

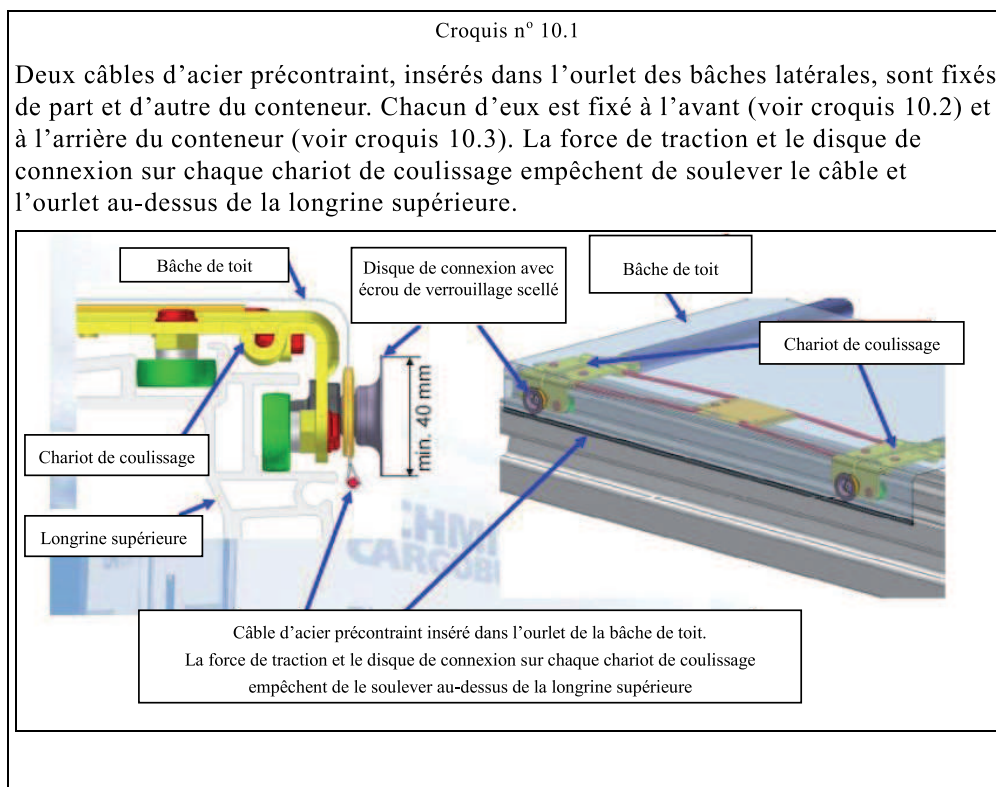
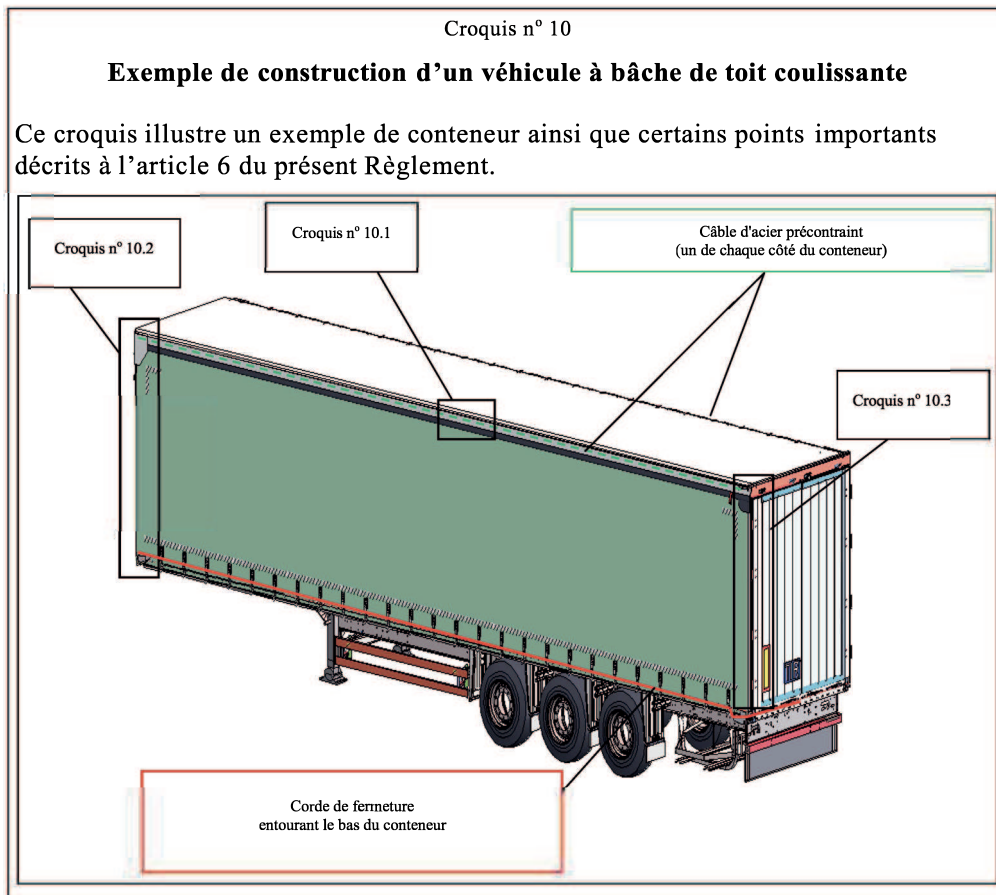


b) Œillet ovale étroit et système antilevage pour le tube de tension



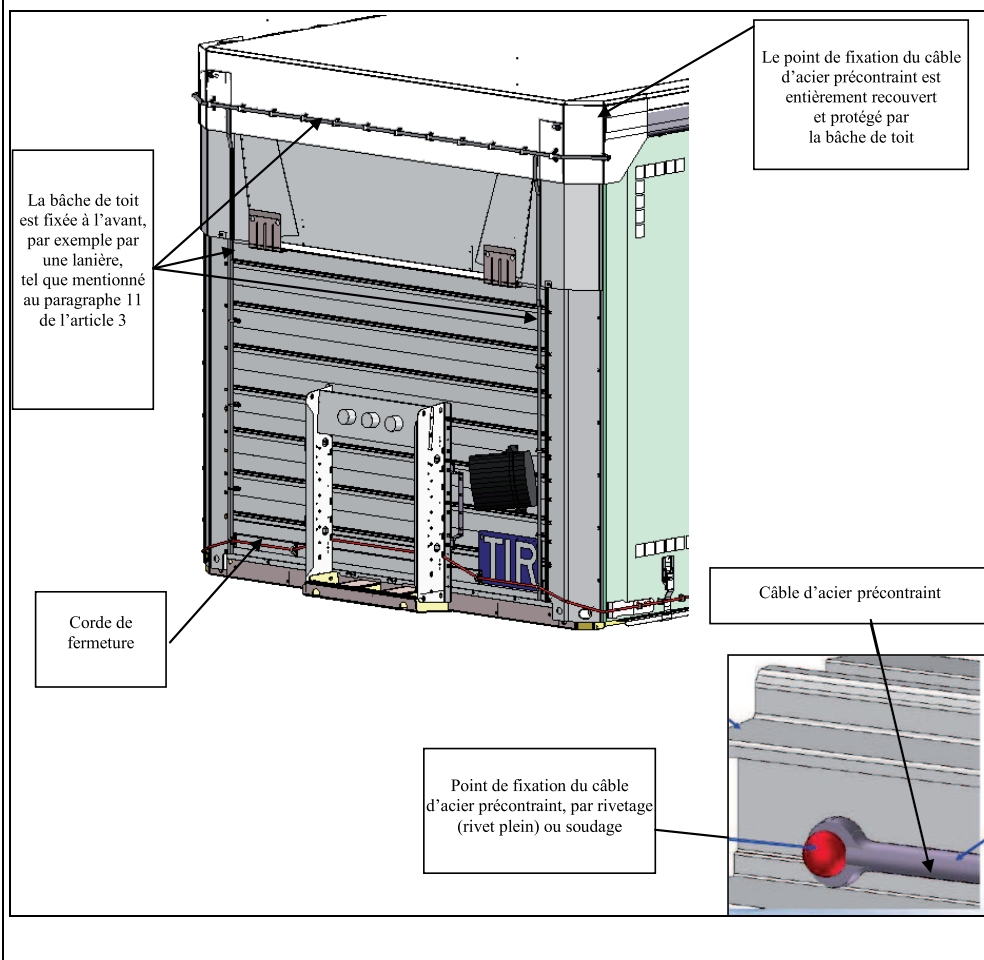
Annexe 7, première partie, nouveau croquis n° 10

Après le nouveau croquis n° 9, ajouter un nouveau croquis n° 10, ainsi conçu :



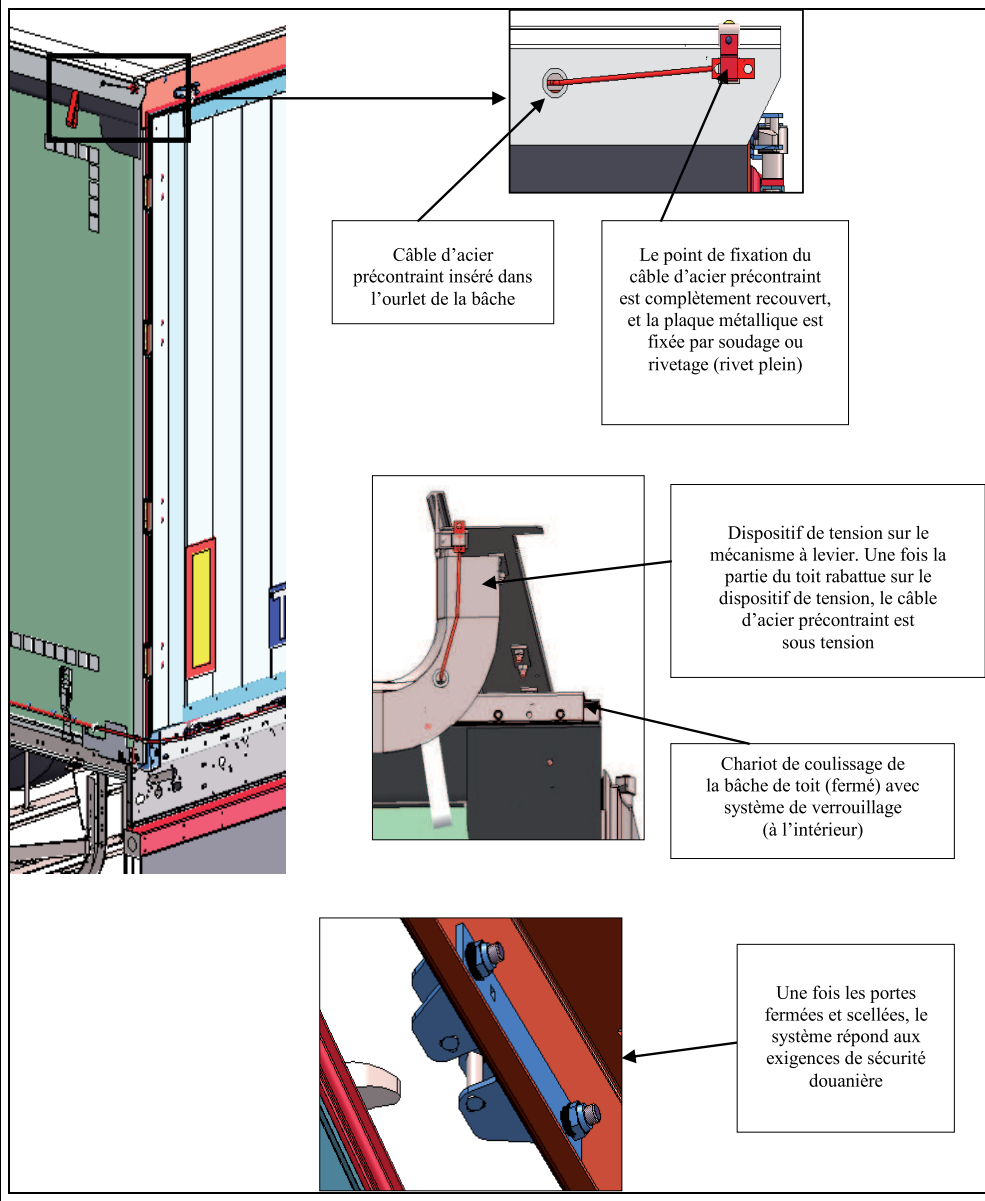
Croquis n° 10.2

La bâche de toit coulissante doit recouvrir la partie pleine du toit à l'avant du conteneur de telle manière qu'elle ne puisse être tirée par-dessus l'arête supérieure de la longrine supérieure.



Croquis n° 10.3

À l'arrière, un dispositif spécial, par exemple une plaque déflectrice, est monté sur le toit et empêche d'accéder au conteneur sans laisser de traces visibles une fois les portes fermées et scellées.

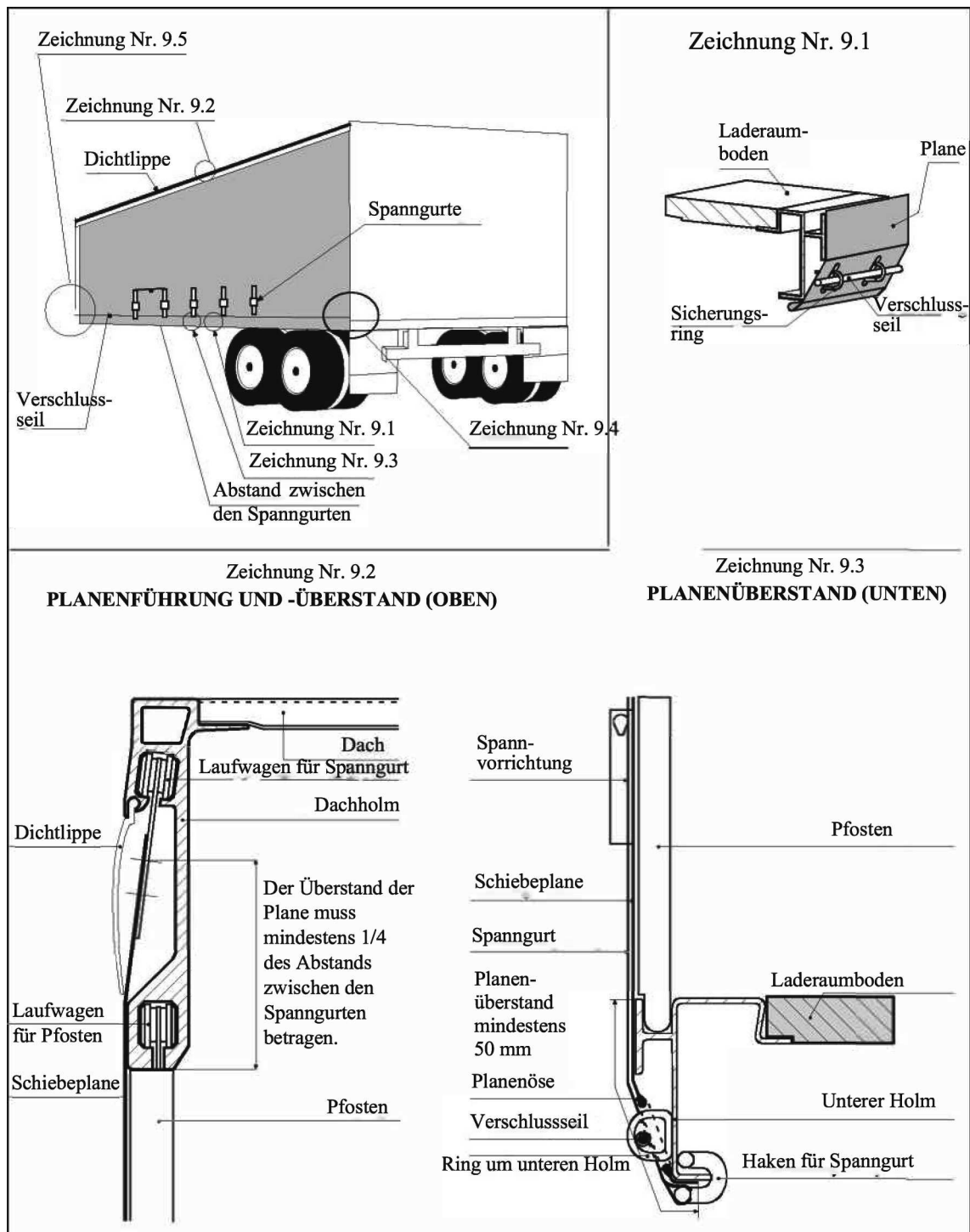


Anlage 7 Teil I Zeichnung Nr. 9

Die bisherige Zeichnung Nr. 9 wird durch folgende Zeichnung ersetzt:

Zeichnung Nr. 9

Beispiel für die Konstruktion eines Behälters mit Schiebeplanen

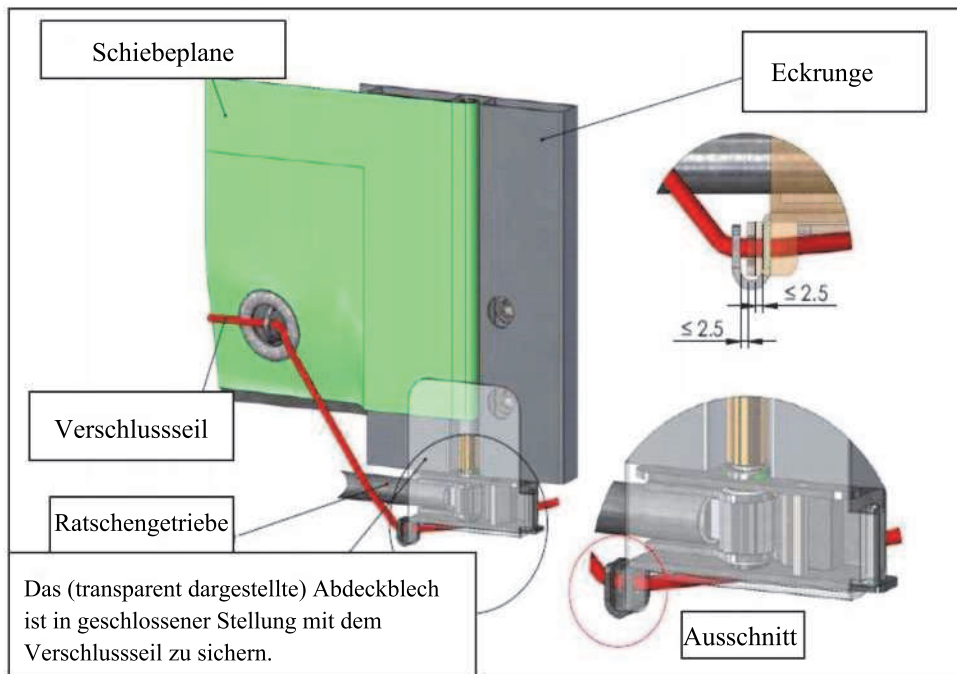


Zeichnung Nr. 9, Fortsetzung

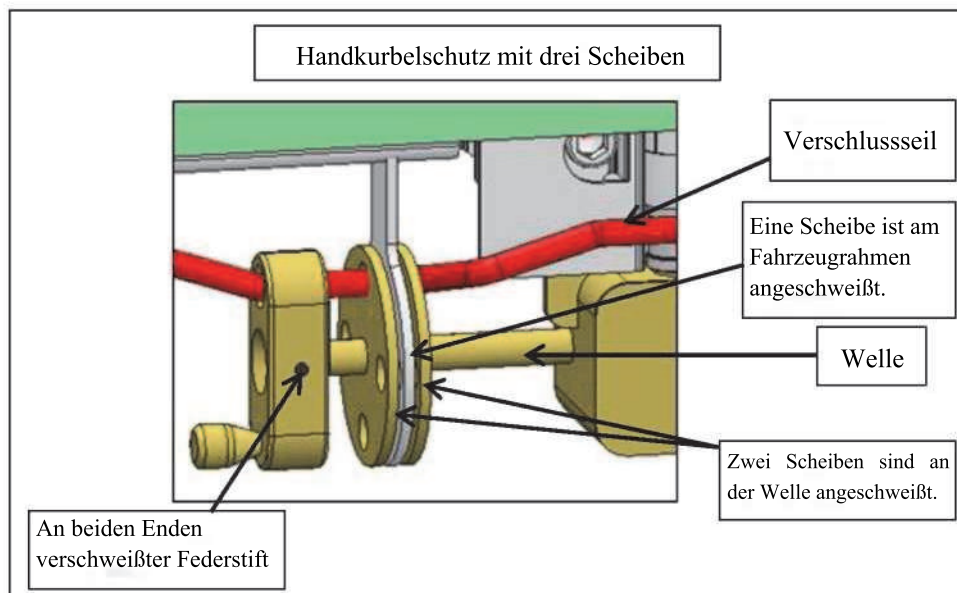
Zeichnung Nr. 9.4

Zur Spannung der Schiebeplanen in waagerechter Richtung dient ein Ratschengetriebe (üblicherweise am hinteren Ende des Behälters). Die Zeichnung veranschaulicht anhand der Beispiele a) und b), wie das Ratschengetriebe oder das Spanngetriebe gesichert werden können.

a) Sicherung des Ratschengetriebes



b) Sicherung des Spanngetriebes

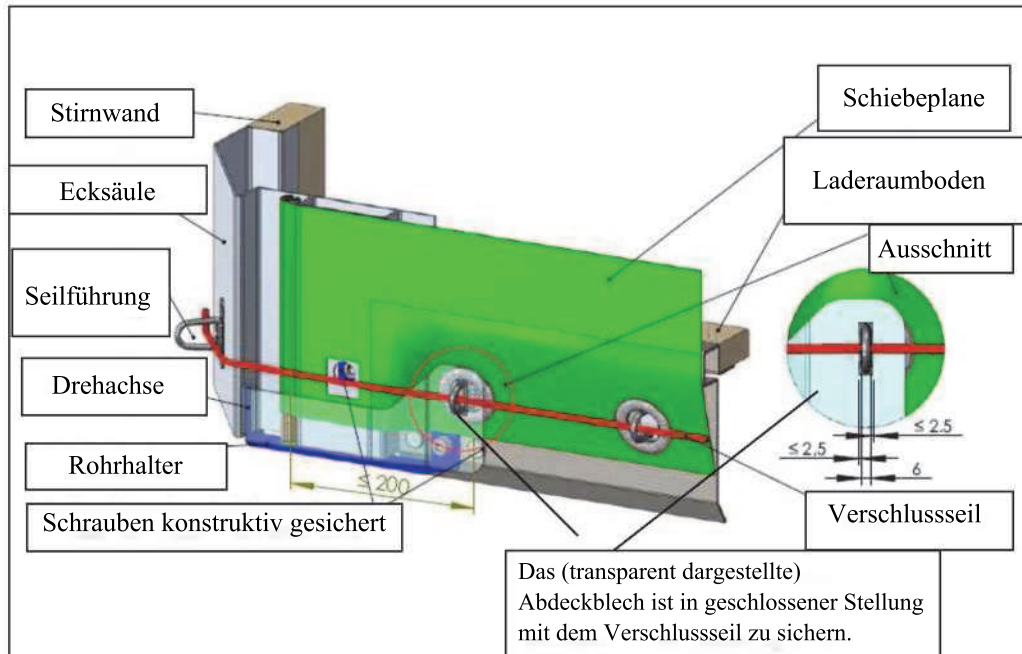


Zeichnung Nr. 9, Fortsetzung

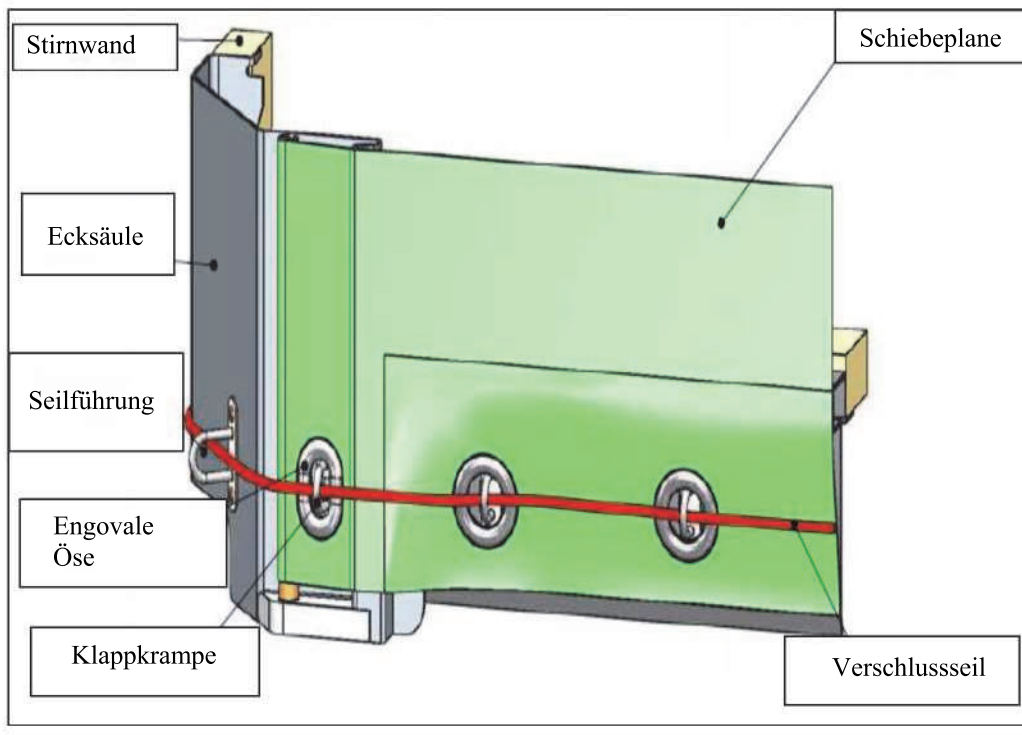
Zeichnung Nr. 9.5

Zur Sicherung der Schiebeplane auf der anderen Seite (in der Regel der Vorderseite des Behälters) können die folgenden Systeme a) und b) dienen.

a) Abdeckblech



b) Engovale Öse, System gegen Anheben für das Spannrohr



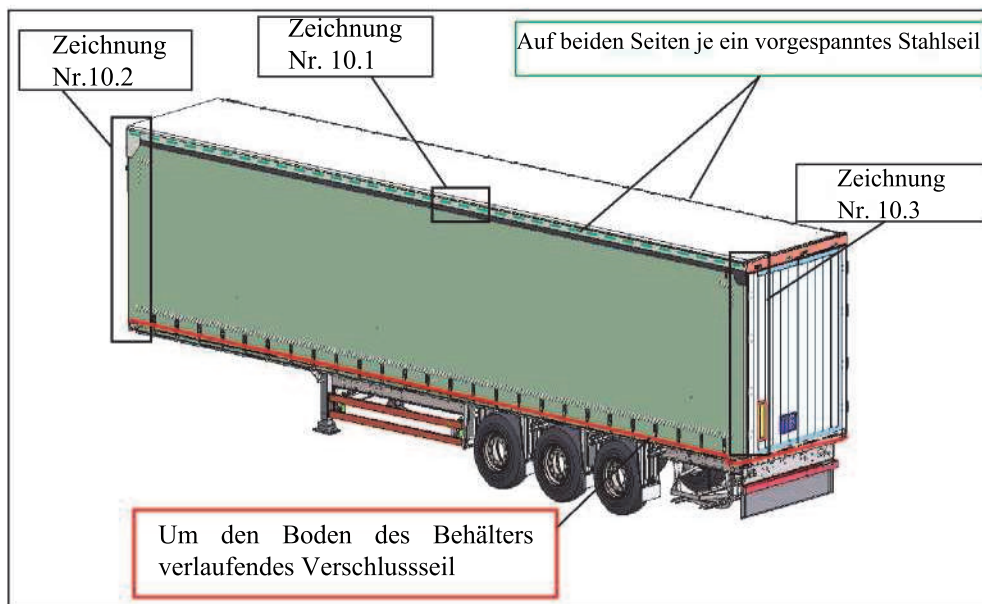
Anlage 7 Teil I neue Zeichnung Nr. 10

Nach der neuen Zeichnung Nr. 9 wird folgende neue Zeichnung eingefügt:

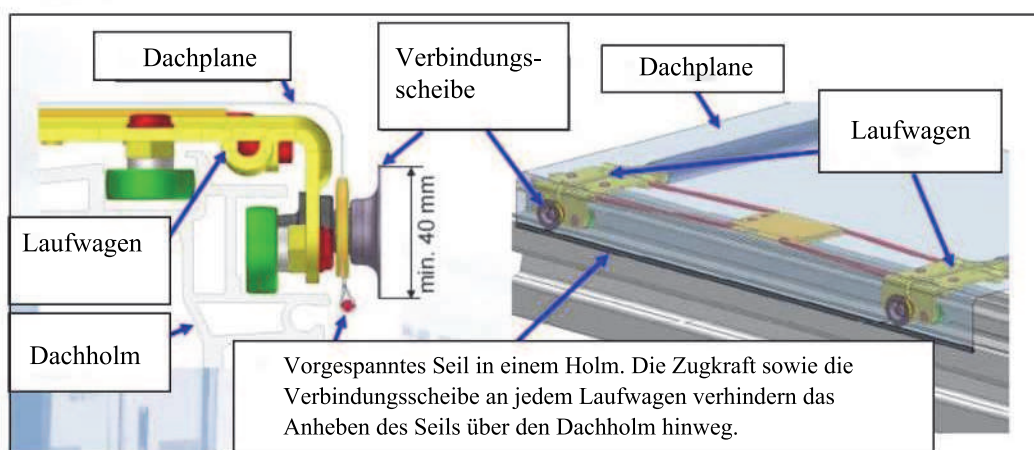
Zeichnung Nr. 10

Beispiel für die Konstruktion eines Behälters mit Schiebeplanendach

Die Zeichnung veranschaulicht am Beispiel eines Behälters die wesentlichen Erfordernisse in Artikel 6 dieser Vorschriften.

Zeichnung Nr. 10.1

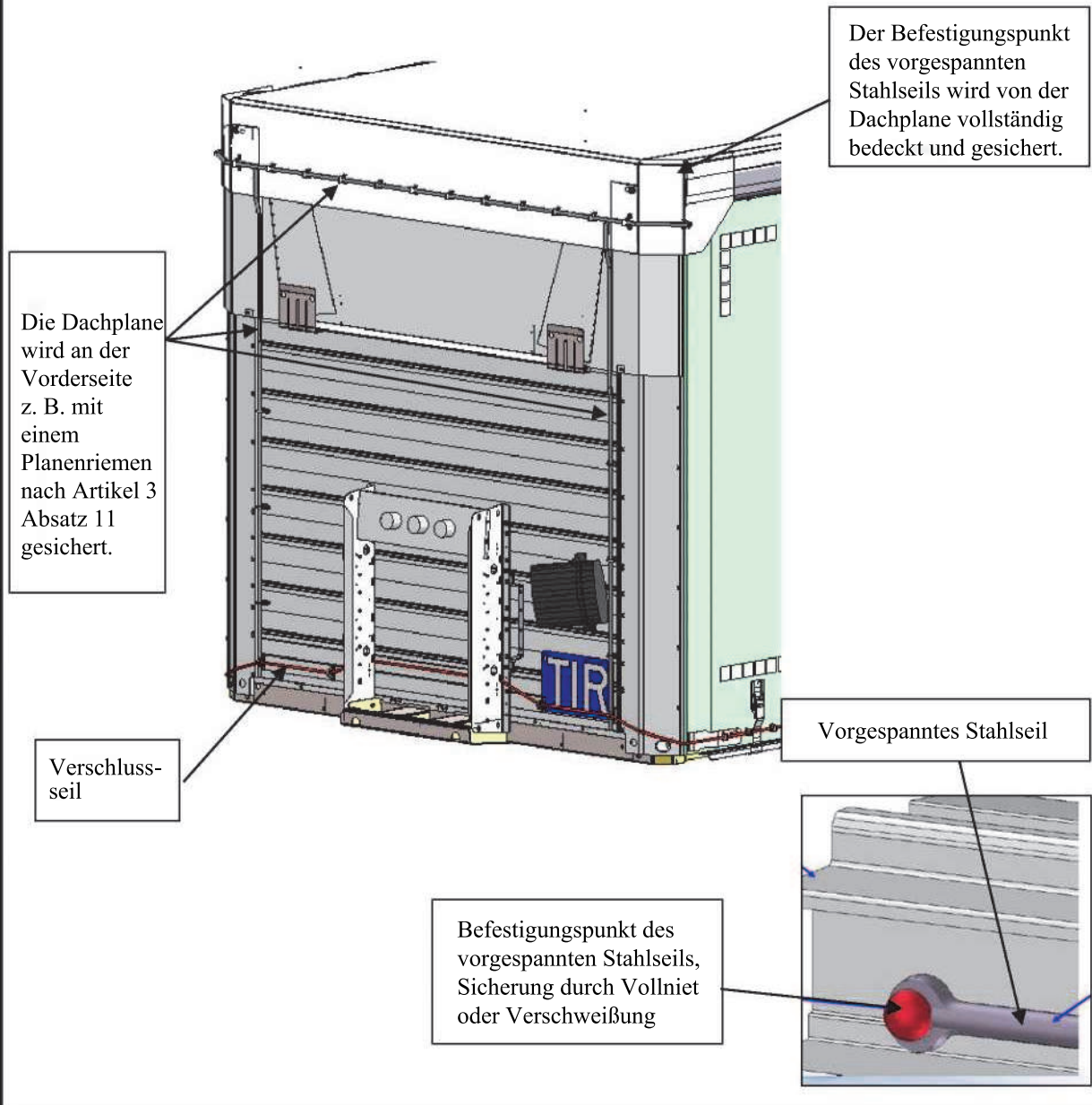
Auf jeder Behälterseite ist je ein vorgespanntes, in einem Saum verlaufendes Stahlseil befestigt. Dieses vorgespannte Stahlseil wird vorne (siehe Zeichnung Nr. 10.2) und hinten (siehe Zeichnung Nr. 10.3) am Aufbau befestigt. Die Zugkraft und die Verbindungsscheibe an jedem Laufwagen verhindern das Anheben des Saums mit dem vorgespannten Seil über den Dachholm hinweg.



Zeichnung Nr. 10, Fortsetzung

Zeichnung Nr. 10.2

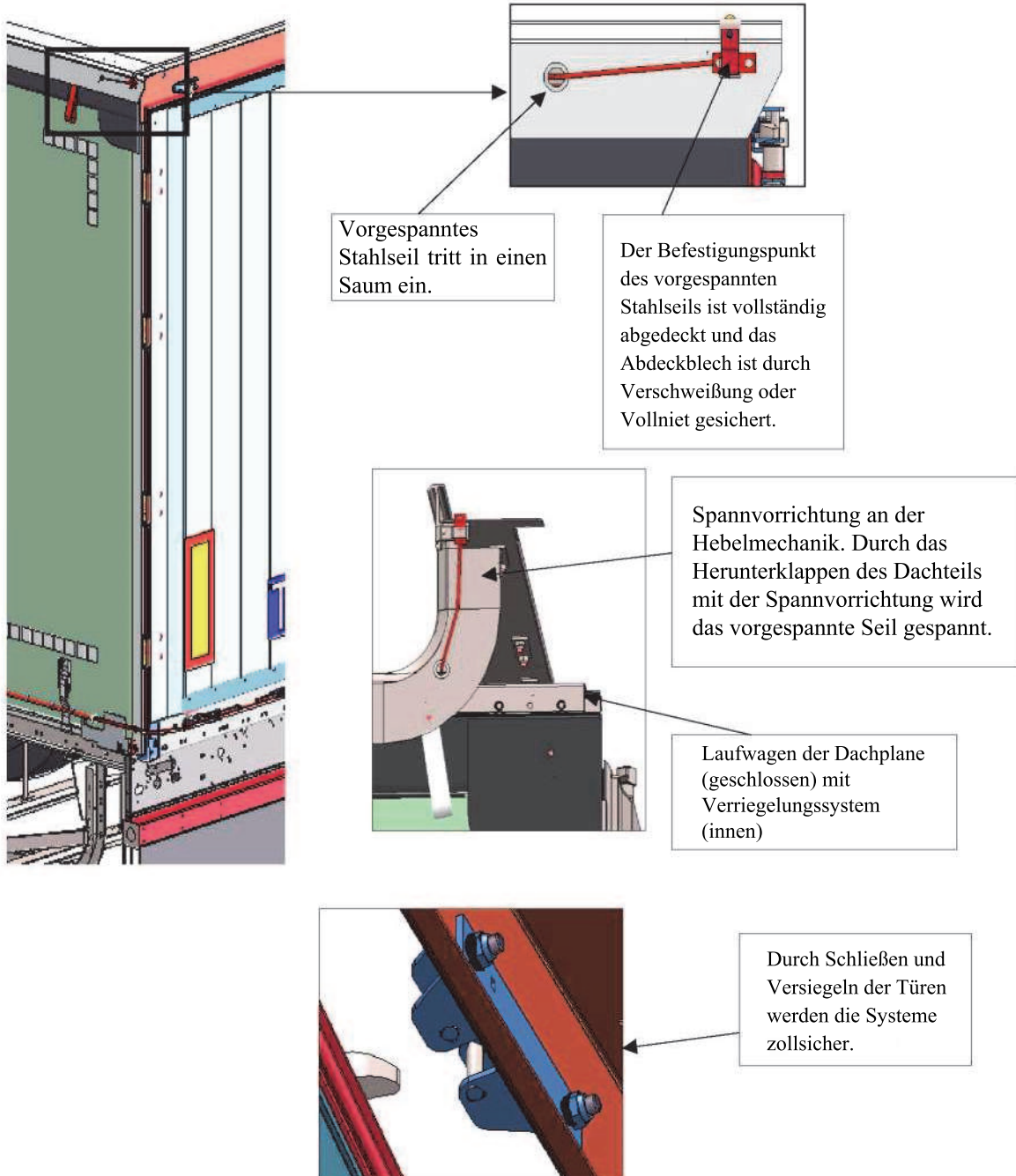
Die Dachschiebeplane muss den festen Teil des Daches an der Vorderseite des Behälters so überdecken, dass die Dachplane nicht über die Oberkante des Dachholms hinweggezogen werden kann.



Zeichnung Nr. 10, Fortsetzung

Zeichnung Nr. 10.3

Am hinteren Ende wird eine besondere Vorrichtung, z. B. eine Abschlussplatte, am Dach angebracht, um den Zugang zum Behälter ohne Hinterlassung sichtbarer Spuren zu verhindern, nachdem die Türen geschlossen und versiegelt worden sind.



Berichtigung der Anlage zur 7. ADN-Änderungsverordnung

Vom 5. November 2019

Die als Anlage zur 7. ADN-Änderungsverordnung vom 19. November 2018 (BGBl. 2018 II S. 736, Anlageband) veröffentlichte deutsche Übersetzung der in Genf am 26. Januar 2018 und 31. August 2018 beschlossenen Änderungen der dem Europäischen Übereinkommen vom 26. Mai 2000 über die internationale Beförderung von gefährlichen Gütern auf Binnenwasserstraßen (ADN) in der Anlage beigefügten Verordnung (BGBl. 2007 II S. 1906, 1908) ist wie folgt zu berichtigen:

1. Die Änderungsanweisung zu Unterabschnitt 1.2.1, Restebehälter muss wie folgt lauten:

„1.2.1 In der Begriffsbestimmung für **„Restebehälter“**

- Am Anfang des ersten Satzes löschen: „Ein Tank,“.
- Folgenden neuen zweiten Satz am Ende hinzufügen:

„Die Behälter müssen nach ADR, RID oder IMDG-Code zugelassen und für den betreffenden Stoff zulässig sein. Der höchstzulässige Inhalt bei Großpackmitteln beträgt 3 m³, bei Tankcontainern und ortsbeweglichen Tanks 12 m³.“

2. Die Änderungsanweisung zu Unterabschnitt 1.2.1, Stopbehälter muss wie folgt lauten:

„1.2.1 Die Begriffsbestimmung für **„Slopbehälter“** erhält folgenden Wortlaut:

„Slopbehälter: Ein feuerfester Behälter, der mit Deckel verschlossen werden kann, zur Aufnahme von nicht pumpfähigen Slops. Die Behälter müssen nach ADR, RID oder IMDG-Code zugelassen und für den betreffenden Stoff zulässig sein. Der höchstzulässige Inhalt beträgt 450 l. Er muss gut handhabbar und mit „SLOP“ (Schriftgröße: 0,10 m) gekennzeichnet sein.“

3. In der Tabelle zu Absatz 1.6.7.2.1.1 folgende Zeile nachtragen:

9.1.0.53.5	Bewegliche elektrische Kabel (Schlauchleitungen des Typs H 07 RN-F)	<p>N.E.U. ab 1. Januar 2019</p> <p>Erneuerung des Zulassungszeugnisses nach dem 31. Dezember 2034</p> <p>Bis dahin müssen an Bord von in Betrieb befindlichen Schiffen folgende Vorschriften eingehalten werden:</p> <p>bewegliche elektrische Kabel (Schlauchleitungen des Typs H 07 RN-F) müssen bis dahin der Norm IEC 60245-4:1994 entsprechen</p>
------------	---	--

4. Den ersten Text von Unterabschnitt 1.8.3.1 streichen.

5. Bei der Änderungsanweisung zu Unterabschnitt 8.1.2.2 c) anfügen:

„[Betrifft nur die deutsche Sprachfassung]“.

6. Nach der Änderungsanweisung zu Unterabschnitt 8.6.1.3 und 8.6.1.4 Nummer 7 einfügen:

„8.6.1.3 und

8.6.1.4 Nummer 8. der Muster erhält am Ende folgenden Wortlaut:

„ ...

- Pumpenraum unter Deck Ja/Nein¹⁾
 - Lüftungssystem nach 9.3.x.12.4 b) Ja/Nein¹⁾ ³⁾
- in

- entspricht den Bauvorschriften in 9.3.x.12.4 b) oder 9.3.x.12.4 c), 9.3.x.51 und 9.3.x.52 Ja/Nein¹⁾ 3)
- Gasabfuhrleitung und Einrichtungen beheizt Ja/Nein¹⁾ 2)
- entspricht den Bauvorschriften, die sich aus der (den) Bemerkung(en) in Unterabschnitt 3.2.3.2 Tabelle C Spalte (20) ergeben¹⁾ 2).

3) Für „x“ zutreffendes eintragen“.

7. Bei der Änderungsanweisung zu Unterabschnitt 8.6.1.4 Nummer 9. die Referenz wie folgt ändern:
„8.6.1.3 und
8.6.1.4 Nummer 9. der Muster erhält folgenden Wortlaut:“.
8. Bei der Änderungsanweisung zu Unterabschnitt 8.6.1.4 Nummer 10. die Referenz wie folgt ändern:
„8.6.1.3 und
8.6.1.4 Nummer 10. der Muster erhält folgenden Wortlaut:“.
9. Bei der Änderungsanweisung zu Unterabschnitt 8.6.1.4 Nummer 13. die Referenz wie folgt ändern:
„8.6.1.3 und
8.6.1.4 Neue Nummer 13. der Muster (Bisherige Nummer 12.) erhält folgenden Wortlaut:“.

Berlin, den 5. November 2019

Bundesministerium
für Verkehr und digitale Infrastruktur
Im Auftrag
Manfred Weiner